

## **Inhaltsverzeichnis:**

**Demokratie im Pazifik: Vanuatu und Samoa im Vergleich**  
Dr. Andreas Holtz

Seite 2- 22

**Königtum und Demokratie in Tonga**  
Marion Struck-Garbe

Seite 23- 28

**Demokratie in Papua-Neuguinea**  
Diakon Mark Möller

Seite 29- 35

# Demokratie im Pazifik: Vanuatu und Samoa im Vergleich

Dr. Andreas Holtz, Hamburg

## Vorbemerkung

Wenn über Demokratie im Pazifik in der heutigen Zeit gesprochen werden soll, dann bedarf es zunächst einer Klärung des Begriffs der Demokratie. Weiterhin sollte immer beachtet werden, dass *wir hier* von Demokratie reden. Wir und hier sind dabei nicht unwichtige Bemerkungen, denn wenn wir hier von Demokratie im Pazifik sprechen, dann sprechen wir zunächst von Demokratie im Sinne von Mehrheitsentscheidungen in staatlichen Institutionen. Beide Bereiche, die Mehrheitsentscheidung und der Staat, sind aber in den traditionellen Konzepten des Zusammenlebens als organisatorische Form nicht unbedingt vorgesehen, sondern sind eher das, was Peter Larmour einst als „foreign flower“ umschrieben hat.

So bedürfen dann auch die Maßstäbe, die wir an eine funktionierende demokratische Regierungsarbeit stellen, einer Übersetzung. In der so genannten „Governance“-Literatur finden sich immer wieder die Begriffe der Legitimität, der Rechenschaft bzw. der Verantwortung, des Respekts im Sinne der Einhaltung grundlegender Rechte sowie der Kompetenz zu Staatsführung. In unserem System sind diese Begriffe klar definiert und miteinander verwoben. Legitimität meint demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidungen, die wir normalerweise an der Wahlurne treffen und die direkt Auswirkungen auf die wahrgenommene Verantwortung der Entscheidungsträger haben. Eine unabhängige Justiz überwacht diesen Vorgang, wobei auch die Einhaltung definierter Rechte betroffen ist. Schließlich zeigt sich die Kompetenz zur Staatsführung in einer ausdifferenzierten und mehr oder weniger effizienten Bürokratie, die nach dem funktionalistischen Prinzip des Fachmanns organisiert ist. Damit definieren wir nicht nur die Ziele eines funktionierenden Staatswesens, sondern skizzieren zugleich den Weg dorthin.

Und hier liegt das Problem, dass es zu beachten gilt, denn wir kennen objektivierte und formalisierte Mechanismen, die klar auf einer Trennung zwischen Staat und Gesellschaft basieren. Im Pazifik zeigt sich jedoch ein anderes Bild.

Es sollte also geklärt werden, inwieweit sich das moderne Konzept der westlichen Demokratie mit „pazifischen Prinzipien“ verträgt. Hierbei ist vor allem der Unterschied zwischen konsensualer und mehrheitlicher Demokratie angesprochen oder dem, was Sozial- und Politikwissenschaftler als Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie bezeichnen. Dabei dürfen Untergruppen wie der Proporz - Fiji, aber auch die Föderierten Staaten von Mikronesien seien hier als Beispiele genannt - nicht vernachlässigt werden. Wenn dabei etwas von den rein politikwissenschaftlichen Pfaden abgewichen wird, zeigt sich eine andere Ausgangslage.

Unter Beachtung dessen, was sich als Schnittmenge zwischen Politik und Kultur bezeichnen lässt, zeigt sich ein bestimmtes Gegensatzpaar. Hier ist demnach von Gesellschaften oder, um es im Sinne Tönnies zu sagen, von Gemeinschaften auf der einen Seite und dem entpersonalisierten Staat als Organisationsform auf der anderen Seite auszugehen. Um es einfacher, kategorischer und schlagwortartiger zu formulieren, findet sich hier wieder jener Gegensatz aus Tradition und Moderne bzw. aus gesellschaftlicher Tradition und staatlicher Moderne, der im Pazifik *häufig* zu beobachten ist. Somit haben wir also einen evolutionären Blick auf die pazifischen Verhältnisse geworfen, wobei nicht übersehen werden sollte, dass es sich hierbei um eine nicht teilnehmende westliche Beobachtungs- und Analyseposition handelt.

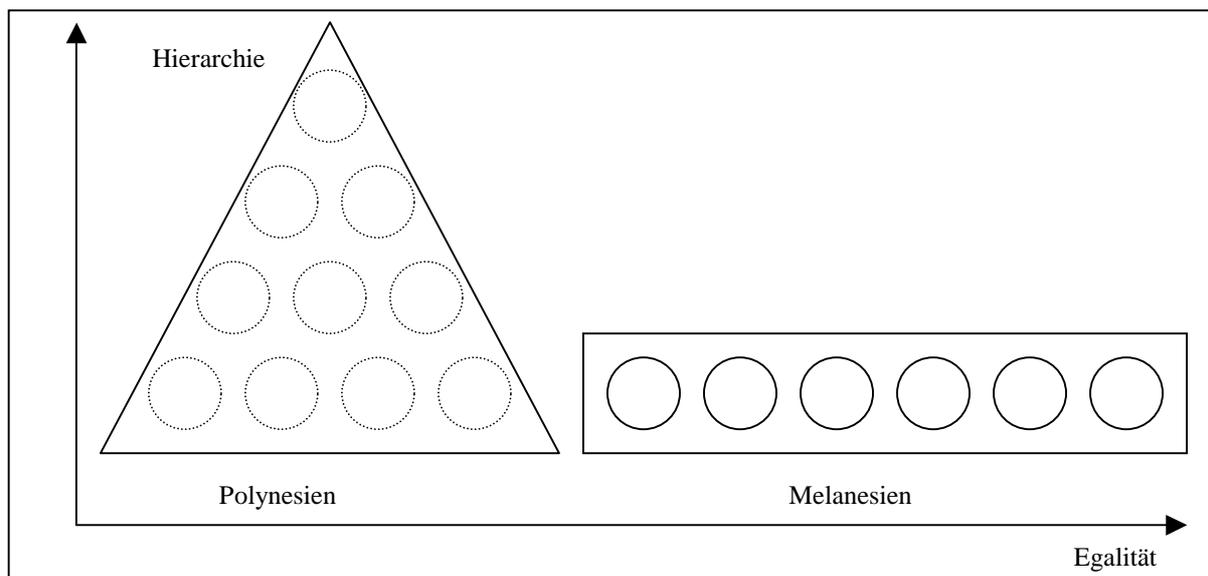
„Demokratie im Pazifik“ lautet der Obertitel dieses Dossiers. Im Gegensatz zu den anderen Beiträgen soll hier nicht mehr „nur“ auf ein Fallbeispiel eingegangen, sondern komparativ betrachtet werden, um anhand des Vergleichs Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten

zwischen den pazifischen Subregionen diskutieren zu können. Dabei soll zunächst kurz und einleitend auf die natürlichen und historischen Gegebenheiten und typisch kleinstaatlichen Problemstellungen eingegangen werden, um dann anhand des melanesischen Vanuatus und des polynesischen Samoas zu vergleichen und schließlich am Ende Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der demokratischen Situation in beiden Bereichen darstellen zu können.

### Zu den geographischen, historischen und gesellschaftlichen Unterschieden

Es ist für die hiesigen Ausführungen nicht notwendig, die geographischen, historischen und gesellschaftlichen Unterschiede en Detail zu erfassen und darzustellen. Dennoch kommt man – wie fast immer, wenn sich mit pazifischen Inselstaaten befasst wird – nicht ohne eine Betrachtung dieser Komponenten aus. Von herausragender Bedeutung besonders im Hinblick auf die Frage nach Demokratie im Pazifik ist dabei vor allem die Differenzierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme besonders in Melanesien und in Polynesien. Diese haben mannigfache Gründe, von denen einige in ihrer Geschichte und in ihren geographischen Besonderheiten liegen. Aus diesem Grund sind auch diese beiden Komponenten zu beachten. Der gesellschaftliche Hauptunterschied, soviel sei vorweg gesagt, besteht darin, dass die melanesischen Gesellschaften (oder wegen ihrer affektiven Nähe besser Gemeinschaften) eine egalitäre und nebeneinander liegende Struktur aufweisen, während die polynesischen Gesellschaften im Gegensatz dazu stratifiziert und hierarchisiert sind.

Graphik 1: Schemata polynesischer und melanesischer Gesellschaften



Die Literatur bietet verschiedene Begründungen für die unterschiedliche Entwicklung in diesen beiden pazifischen Subregionen an. Demnach haben die verschiedenen nachgewiesenen Besiedelungswellen an ihren polynesischen Endpunkten bedingt durch die entwickelteren Techniken der späteren Wellen zu Über- und Unterordnungsverhältnissen geführt, die eine Hierarchisierung der dortigen Gesellschaften erklären, während in Melanesien die einzelnen Siedlungsgruppen nebeneinander gelagert waren. Eine zweite These geht von unterschiedlichen geographischen und klimatischen Bedingungen aus, die das Entstehen von privatem Eigentum und damit von unterschiedlichen Besitzverhältnissen thematisieren. In diesem Zusammenhang ließ sich zwischen Besitzenden und Besitzlosen und somit stratifizierten und ausdifferenzierten Gesellschaften in Polynesien sowie den nur

gemeinschaftliches Eigentum kennenden egalitären Gesellschaften Melanesiens unterscheiden.

Von Bedeutung ist hier v.a. der Zugang zu Gütern. Handelt es sich um allgemein zugängliche öffentliche und nicht knappe Güter, die zwischen den Teilnehmern einer Einheit aufgeteilt werden können? Oder handelt es sich um knappe Güter, die ein Teilnehmer einer Einheit unter den anderen Teilnehmern einer Einheit als Gemeinschaftsgut verteilt? Die Verfügungsgewalt über Güter und das damit entstehende Eigentum wird hier zum Herrschaftsinstrument und zur Basis für eine Hierarchisierung zumindest zwischen denen, die besitzen und verteilen können und denen, die nicht besitzen und zugeteilt bekommen. In weniger „primitiven“ Gesellschaften hat sich das Eigentum oder besser das Eigentum an Territorium bzw. an Land bereits entwickelt. Nun entsteht hier ein Tauschverhältnis. Der das Land Besitzende gibt das Land an den Nicht-Besitzenden ab, der wiederum den Besitzenden an den Früchten seiner Arbeit teilhaben lässt. Es wird hier Arbeit gegen Land getauscht, was eine Entwicklung von einer egalitären zu einer hierarchischen Gesellschaft markiert.

Im Falle der hier untersuchten pazifischen Kulturräume Polynesien und Melanesien gab es diese originären Parallelbedingungen gleichermaßen, jedoch mit verschiedenen Auswirkungen. Von Bedeutung sind hier die Bodenverhältnisse und die klimatischen Bedingungen. Auf Inseln mit schwierigen Bedingungen, wie sie beispielsweise in Melanesien durch Vulkanismus, Wirbelstürme und endemische Krankheiten herrsch(t)en, konnte sich eine Hierarchisierung nicht durchsetzen, weil eine derartige Individualisierung zumindest des Herrschenden im Widerspruch zu einer kollektiven Gemeinschaft gestanden hätte, die bei den melanesischen Urgesellschaften zum Überleben notwendig gewesen ist. In den polynesischen Gebieten sind die natürlichen Bedingungen hingegen freundlicher. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln war auf den polynesischen Inseln einfacher als in Melanesien, so dass dort im Gegensatz zu den melanesischen Inseln eine Überschussproduktion möglich gewesen ist. Bedingt durch die Probleme, mit denen die Melanesier konfrontiert waren, hat sich dort eine offene Schichtungsstruktur herausgebildet, während sie in Polynesien geschlossen war<sup>1</sup>.

Die widrigen Bedingungen in Melanesien konnten nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung bzw. durch eine gemeinsam erbrachte Leistung lebenswert gemacht werden. Hierbei stand der Leistungsaspekt an vorderster Stelle, so dass derjenige eine temporäre Führungsposition einnehmen konnte, der die größte Leistung für die Gruppe erbrachte. Der Mehrwert seiner Arbeit im Sinne einer Überschussproduktion kam also dem Führer oder dem, der die Führungsposition einnehmen wollte, nur indirekt entgegen. Der Überschuss wurde an die einzelnen Gruppenmitglieder verteilt, die wiederum mit ihrer Gefolgschaft bezahlten. Die Leistung musste jeden Tag aufs Neue erbracht werden, so dass der melanesische Big Man in einem permanenten Führungskampf steckte. Eine bleibende Macht i.S.v. Führung war also nicht möglich und konnte dementsprechend auch nicht vererbt werden. Auch war die Anhäufung von Reichtum wegen der widrigen Bedingungen nicht möglich und individuelles Eigentum blieb schließlich unbekannt.

Der Leistungsaspekt ist wegen der relativen natürlichen Fülle in Polynesien nicht gegeben. Selbst bei außergewöhnlichen ökologischen Ereignissen wie bei Wirbelstürmen u.ä. herrschte seinerzeit keine existenzielle Not, weil im Gegensatz zu Melanesien im ganzen Jahr geerntet werden konnte. Auch waren endemische Krankheiten in Polynesien nicht oder zumindest im geringeren Maße verbreitet als in Melanesien. Jeder konnte sich *seinen* Teil nehmen, was zum einen die Bedeutung des Kollektives sinken und zum anderen das erste Mal so etwas wie Eigentum aufkommen ließ. Daraus entstanden Unterschiede i.S.v. Hierarchien zwischen denjenigen, die besaßen und denen, die nicht besaßen. Besitzende

---

<sup>1</sup> Eine offene Schichtungsstruktur soll hier als eine offene Rollenzuweisung verstanden werden. Die Rollen gestalten sich also durch Wettbewerbselektion nach den Kriterien der persönlichen Befähigung. In geschlossenen Schichtungsstrukturen hingegen ist die jeweilige Rolle z.B. durch Abstammung vorgegeben.

hatten nun auch die Möglichkeit, individuell Arbeit, die in Melanesien nur gemeinschaftlich verrichtet werden konnte, im Tausch gegen Eigentum bzw. die Nutzung von Eigentum zu erhalten. In Polynesien ist die Gesellschaft also statisch und geschlossen. Die Geschlossenheit der polynesischen Gesellschaft und ihre Rollenzuweisung beruht auf routinierten Problemlösungen, die sich durch die vorteilhaften Umweltbedingungen herausbilden konnten und so ein Niveau oberhalb der bloßen Überlebenssicherung ermöglichte. Dies wiederum schuf in gewisser Weise eine Individualisierung und damit eine Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Die politische Macht gestaltet sich hier nicht mehr wie in Melanesien dezentral, sondern zentral. Die zentrale Instanz ist der Häuptling („Chief“ bzw. traditionell „ariki“), der seine Stellung durch Geburt und unter den Verweis auf seine göttliche Abstammung und einer damit verbundenen mystischen Macht erlangt. Allerdings ist in den entstandenen polynesischen Strukturen auch seine Stellung geregelt. Als zentrale Kontrollinstanz regelt er die Verteilung der Überschussproduktion, welche durch die vorteilhafte Umweltsituation ermöglicht wird. Eine Verteilung von Gütern, hauptsächlich Nahrungsmitteln, über den Kopf des Chiefs galt als ein Verstoß gegen die göttliche Ordnung. Um den größtmöglichen Überschuss erzielen zu können, war seine Gesellschaft arbeitsteilig gegliedert. Ein Verwaltungsstab, der sich aus Verwandten des Herrschers rekrutierte, regelte die Lagerhaltung und die Verteilung, sowie rechtliche und religiöse Fragen. Diese Strukturen wurden wiederum von Kriegeren gesichert und nach außen verteidigt. Der Herrscher hatte also Sanktionsmöglichkeiten, um die Seinen zu einer größtmöglichen Leistung anzutreiben. Scheiterte er dabei, so konnte er abgesetzt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grund war er bestrebt, seinen Einfluss durch Kriege zu vergrößern, so dass die entsprechenden Einheiten in Polynesien größer waren als in Melanesien und von einem bestimmten kontrollierten Territorium mit einer bestimmten Bevölkerung definiert wurden.

Interessanterweise wurde der produzierte Überschuss zuerst für den Verwaltungsstab verwendet, der letztendlich die Herrschaft garantierte und ein Kennzeichen für die geschlossene und hierarchisierte Gesellschaft war. In Zeiten sich verschlechternder Umweltbedingungen, beispielsweise bei besonders starken Wirbelstürmen, wurde dieser Kreislauf aber durchbrochen. Der polynesische Häuptling wandte sich nun unbewusst dem offenen Gesellschaftsmodell zu, indem die Überschüsse zuerst an die Bevölkerung verteilt wurden. Die Gesellschaft wurde dann wieder geöffnet, um das gesellschaftliche Kollektiv außerhalb der fixen gesellschaftlichen Positionierung zur wettbewerbsmäßigen Leistung zu motivieren. Nach Beendigung der Problemsituation wechselte die gesellschaftliche Ordnung aber wieder zu ihrer geschlossenen Struktur. Die These, nach der die soziale Schichtung von den jeweiligen Umweltbedingungen abhängt, wird bei der Betrachtung der verschiedenen polynesischen Inseln bestätigt. Dort wo die Verhältnisse besonders günstig waren, also z.B. in Tonga, Samoa und Hawaii, hat sich die am stärksten ausdifferenzierte Gesellschaft ergeben, wohingegen die flachen, kleinen und relativ wenig fruchtbaren Atollinseln Tokelaus zwar immer noch eine Schichtung aufweisen, die allerdings kaum noch ausdifferenziert ist.

Es bleibt hier also festzuhalten, dass in Polynesien und Melanesien verschiedene Umweltbedingungen herrschen, die für die unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Unterschiede zwischen den beiden Regionen grundlegend sind. Der Hauptunterschied besteht hierbei in der evolutionären Bedeutung der Kooperation über die eigenen Klanggrenzen hinaus, die sich aus einer ausdifferenzierten Gesellschaft ergibt und die politisch für die Bildung eines gesamtgesellschaftlichen Bewusstseins signifikant ist. Auf einer politischen Ebene führt dieses evolutionäre Schichtungsmodell geradewegs zu einer staatlichen Organisationsform. In Polynesien wurden die ersten Schritte in diese Richtung im Gegensatz zu Melanesien bereits getätigt. Deswegen überrascht es nicht, dass die inzwischen eingetretene moderne Staatlichkeit in Polynesien akzeptiert ist, während der Staat in Melanesien zu scheitern droht oder bereits gescheitert ist.

Mit der Staatswerdung im heutigen Sinne zeigen sich im Pazifik auch noch weitere Merkmale, die es zu diskutieren gilt, bevor man in die Frage nach Demokratie in der Region

einsteigen sollte. Die größte Übereinstimmung in allen pazifischen Staaten ist ihre Übersichtlichkeit. Alle Staaten sind unter dem Begriff des Klein- oder Mikrostaates zu subsumieren, wobei lediglich PNG eine Ausnahme zu bilden scheint, wenn man den Staaten anhand der quantitativen Kriterien für Kleinstaaten betrachtet. Aus diesem Grund soll nun auf gewisse kleinstaatliche Gemeinsamkeiten und Kriterien eingegangen werden, um dann über eine Betrachtung des kolonialen Einflusses besonders im Hinblick auf das Statebuilding in den Vergleich zwischen Samoa und Vanuatu einsteigen zu können.

### **Kleinstaatliche Merkmale**

Kleinstaatliche Merkmale lassen sich in verschiedene Bereiche untergliedern, wozu ökonomische, innenpolitische, außenpolitische, sicherheitspolitische und gesellschaftliche Bereiche gehören. Im Kontext dieses Beitrages sind davon nicht alle von Bedeutung. Vor der Fragestellung nach Demokratie im Pazifik sind es vor allem die innenpolitischen und gesellschaftlichen Merkmale, die hier kurz aufgezeigt werden sollen.

Innenpolitisch – vor allem den Bereich des Statebuildings betreffend – lassen sich fünf Charakteristika feststellen. Hier zeigt sich erstens eine *institutionelle Treue* in der Übernahme des Regierungssystems der ehemaligen Kolonialmacht. Zweitens verfügen viele kleine Staaten über eine *allgegenwärtige Regierung*. Sie ist dominant und bietet zumindest auf dem Papier eine breite Palette an Dienstleistungen an. Kennzeichen dafür ist der teilweise stark ausdifferenzierte Ministerialbereich, wobei anzumerken ist, dass die einzelnen Ministerien ohne das Wohlwollen des jeweiligen Regierungschefs oftmals kaum Einfluss haben. Konflikte innerhalb der Regierung bzw. der staatlichen Verwaltung sind oftmals keine Gruppenkonflikte, sondern persönlicher Art, was mit dem durch die staatliche Kleinheit bedingte fehlenden personellen Umfang der jeweiligen Institutionen zusammenhängt. Konflikte lassen sich dadurch häufig im Konsens lösen – ein Verfahren, das gerade in vielen pazifischen Gesellschaften eine weit zurückreichende Tradition hat. Dieser Vorteil von persönlichen Bindungen in kleinen Staaten hat aber auch den Nachteil, dass in juristischen Streitfällen die Unabhängigkeit der Richter angezweifelt wird. Drittens lässt sich eine *übertriebene Personifizierung* beobachten, die eine direkte Folge einer überschaubaren Bevölkerung ist. Die Bedeutung der Person gegenüber einer Institution ist bedeutend größer als in Staaten mit einer größeren Bevölkerung – besonders dann, wenn die Person und die Institution deckungsgleich sind. Die Folgen solcher Personifizierungen zeigen sich wiederum in einer bedeutenden Signifikanz des Individuums, einer erhöhten Anfälligkeit des Individuums als Teil einer nur kleinen Gruppe hinsichtlich interner und externer Einflüsse; größeren Einflussmöglichkeiten von Politikern auf die staatliche Bürokratie bedingt durch persönliche Bindungen; schnellen Eingriffsmöglichkeiten von politischen Entscheidungsträgern in bestimmte Vorgänge bedingt durch deren Überschaubarkeit in kleinen Staaten; möglichen Rollenkonflikte von politischen Entscheidungsträgern; größeren Bindung zu „Mann auf der Straße“ und mit dem Auftauchen eher persönlicher denn sachlicher Kritik.

Ein vierter Punkt besteht in der *gemeinsamen politischen Harmonie*. Unter der Voraussetzung der Einhaltung demokratischer Standards führt das persönliche System der Kleinheit eher zu einem Konsensverhalten als zu einem offenen Konflikt. Die Entscheidungsfindung verläuft somit in konfliktlosen und friedlichen Bahnen. Demonstrationen bilden die Ausnahme. Es herrscht eine weitgehende Übereinkunft mit politischen Entscheidungen, die sich beispielsweise in einer überdurchschnittlichen Verweildauer der politischen Entscheidungsträger in ihren jeweiligen Ämtern ausdrückt. In diesem Zusammenhang ist jedoch anzumerken, dass diese Beobachtung nicht auf alle Kleinstaaten zutrifft. Gerade die gewaltsamen Unruhen in Tonga und auf den Salomonen belegen das Gegenteil. Schließlich ist noch fünftens der *pragmatische Konservatismus* zu nennen. Die Kleinheit der Staaten konserviert die (politische) Tradition des Landes. Konservatismus sollte hier nicht als politische Haltung im westlichen Sinne verstanden werden, sondern als Hinwendung zu traditionellen Herrschaftsmethoden.

Zu den kleinstaatlichen gesellschaftlichen Merkmalen lassen sich nun die folgenden drei Bereiche zählen: Es zeigt sich erstens eine *allgegenwärtige Tradition* und ein gesellschaftlicher *Konservatismus*, der, wie eben bemerkt, allerdings nicht politisch-ideologisch zu deuten, sondern am besten als Bewahrung des Vorhandenen zu verstehen ist. Dies hat Auswirkungen bis hin zum politischen System einiger Staaten, in denen das traditionelle Brauchtum Verfassungsrang hat. Althergebrachte und bewährte Verhaltensmuster werden nicht abgelegt.

Die Kleinstaatlichkeit offenbart zweitens eine gewisse *Intimität*. Das Zusammenleben in kleinen Staaten erfordert eine andere Art der Regelung als in großen Staaten. Gerade in kleinen isolierten Inselstaaten ist die Möglichkeit des Rückzuges nicht gegeben. Man kann sich nicht ausweichen. Konflikte werden deswegen möglichst vermieden bzw. per Kompromiss gelöst. Auf der anderen Seite entstehen Probleme, wenn die in sich geschlossene Welt von außen „gestört“ wird. Neben der fehlenden Intimität und der Betonung von Tradition ist als soziologische Eigenart kleiner Inselstaaten drittens das *Streben nach Autonomie* zu nennen. Man möchte seine Angelegenheiten selbst regeln. In vielen insularen Kleinstaat spielt deswegen die Dezentralisierung des Staates eine nicht unbedeutende Rolle. Sezessionsbestrebungen - z.B. das Entstehen der beiden Staaten Kiribati und Tuvalu aus einer britischen Kolonie - müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Unter den genannten Merkmalen innenpolitischer und gesellschaftlicher Art lassen sich besonders die große Signifikanz der Tradition und des gesellschaftlichen Konservatismus sowie die übertriebene Personifizierung bis hin zu einer Institutionalisierung von Personen herausstellen, die beide als elementar für Kleinstaat anzunehmen sind. Dies zeigt sich nicht nur im Alltag der betroffenen Staaten, sondern auch im so genannten Statebuilding.

Im Folgenden sollen deswegen symbolisch für die beiden pazifischen Subregionen Polynesien und Melanesien die beiden Staaten Samoa und Vanuatu vor dem Hintergrund ihres staatlichen Aufbaus dargestellt und miteinander verglichen werden. Dabei ist vor allem zwischen den aus westlicher Sicht als Kulturnation zu bezeichnenden polynesischen Staaten und den als Staatsnationen zu kennzeichnenden melanesischen Staaten zu unterscheiden. Der Begriff der Kulturnation ist hier jedoch ausdrücklich nicht im mythisch-romantischen Sinne Herders oder Meineckes zu verstehen. Vielmehr soll hier als Kulturnation ein Staat verstanden werden, dessen Bevölkerung bereits vor der technischen Staatswerdung über eine gemeinsame Großgruppenidentität verfügte. Eine Staatsnation kennzeichnet sich dementsprechend dadurch, dass der Staat vor dem Entstehen einer Großgruppenidentität entstanden ist – sofern diese in einem solchen Rahmen überhaupt erst entstehen kann. Wir haben es hier also auf der einen polynesischen Seite mit Staaten zu tun, deren Nationbuilding als vorhanden zu betrachten ist. Auf der anderen Seite stehen die melanesischen Staaten, denen eben diese gemeinsame Identität, dieses Nationbuilding fehlt. Es ist deshalb beileibe kein Zufall, dass der Weg in die staatliche Souveränität zuerst von den polynesischen Staaten eingeschlagen wurde, während die melanesischen Staaten nachrückten. Die verschiedenen sozialen Konzepte spiegeln sich auch im Statebuilding der hier betrachteten Beispielstaaten wider.

### **Staatsaufbau in Samoa**

Samoa hat, anders als die melanesischen Staaten des Südpazifiks, eine lange zumindest staatsähnliche Tradition. Die traditionelle Herrschaft obliegt den Matai, deren Titel erblich und übertragbar ist. Zwischen 1900 und 1914 war Samoa eine deutsche Kolonie und in der Zeit zwischen 1919 und 1962 waren die Inseln ein Treuhandgebiet des Völkerbundes bzw. der Vereinten Nationen unter der Aufsicht Neuseelands. Am 01.01.1962 erlangte das damalige West-Samoa als erster pazifischer Staat die volle Souveränität.

Samoa ist in elf Distrikte gegliedert (siehe dazu auch die grafische Darstellung des samoanischen Staatsaufbaus im Anhang). Es herrscht keine Wahlpflicht. Die aus 41 Wahlkreisen entsandten Abgeordneten des Einkammerparlaments (Fono) werden von allen mindestens 21 Jahre alten Samoanern nach dem Prinzip der Mehrheitswahl für fünf Jahre gewählt. Das Parlament tritt zur Entscheidungsfindung drei- bis fünfmal pro Jahr zusammen. Insgesamt sind 49 Sitze zu vergeben. Dabei resultieren 35 Sitze aus 35 Wahlkreisen mit einem Abgeordneten, zwölf Sitze aus sechs Wahlkreisen mit zwei Abgeordneten und zwei Sitze für Abgeordnete ohne Verbindung zu den traditionellen Strukturen (Nicht-Samoaner). Alle Abgeordneten müssen, mit Ausnahme der beiden letztgenannten Vertreter, den Titel eines Matai tragen. Der Regierungschef geht aus den Reihen des Parlaments hervor und wird, nachdem ihm durch die Mehrheit der Abgeordneten das Vertrauen ausgesprochen worden ist, vom Staatsoberhaupt ernannt. Das Staatsoberhaupt ernennt auch die acht bis zwölf Minister auf Vorschlag des Premiers, die wiederum dem Parlament rechenschaftspflichtig sind. Dem Staatsoberhaupt, das seit 2007 vom Parlament gewählt wird, wird eine formale Macht zugestanden. Es ist neben dem Premierminister und dem Kabinettsmitglied des Executive Council. Die Tatsache, dass sich Samoa zur Wahl des Staatsoberhauptes entschieden hat, deutet auf eine Öffnung des traditionellen Systems hin. Eben diese Öffnung des Systems, das sich ebenso in der Abänderung des Wahlrechts Anfang der 1990er Jahre zeigt, verweist auf seine Stabilität und seine evolutionäre Wandlungsfähigkeit, die im Gegensatz zu dem revolutionären Überstülpen eines modernen Staates über traditionelle Gesellschaften in Melanesien steht.

Das bestehende Wahlsystem geht auf ein Plebiszit des Jahres 1990 zurück. Bis dahin war das aktive und das passive Wahlrecht den Matai vorbehalten. Die Einführung dieses Systems wurde im demokratischen Ausland zwar nicht unterstützt. Trotzdem votierten die meisten Samoaner in einem Plebiszit 1960 für eine solche Lösung, was den pragmatischen Konservatismus der meisten kleinstaatlichen Bevölkerungen unterstreicht. Durch ein weiteres Referendum 1990 wurde das absolute Matai-System zugunsten eines moderateren Systems abgelöst. Das Echo hierauf ist geteilt. Einerseits wird anerkannt, dass dies ein Schritt in Richtung einer vollständigen Demokratisierung und dass so der Gegensatz zwischen Tradition und Moderne in Samoa durch die Vermengung beider Bereiche am wenigsten ausgeprägt sei. Kritiker hingegen werfen ein, dass die oberflächliche Öffnung des Systems lediglich zu seinem Erhalt diene. So wird hier argumentiert, dass der Wunsch nach Demokratisierung nur eine Fassade sei. Jene die Macht innehabenden Matai hätten vielmehr erkannt, dass immer mehr hauptsächlich neue Matai nach dem Macht versprechenden Wahlrecht strebten und sich nicht, wie es das ursprüngliche System eigentlich vorsieht, um das Wohlergehen ihrer Familie (aiga) kümmerten. Eine Beibehaltung des alten Wahlsystems ohne die Öffnung des aktiven Wahlrechts für alle Samoaner hätte demnach zur Folge gehabt, dass das gesellschaftliche System der Matai einerseits erodiert wäre und das andererseits im Zuge dessen auch die Macht der bereits etablierten Matai Schaden genommen hätte. Demokratisierung bedeutet hier demnach also nichts weiter als die Sicherung der traditionellen Hierarchie. Daneben, so die Kritik, bleibt das politische Leben für Frauen weitgehend verschlossen. Weil nur ca. fünf Prozent der 25.000 Matai weiblich sind, ist eine geschlechtergerechte Verteilung in den politischen Gremien nicht möglich.

Die Vermengung von Moderne und Tradition nicht nur in Samoas gesellschaftlichem und politischem System beleuchtet eine Schnittmenge von Kultur und Politik im gesamten inselpazifischen Raum. Dies wird deutlich, wenn von Samoanern als modernen Staatsbürgern und traditionellen Mitgliedern der Gesellschaft unterschieden wird. Diese Aufteilung ist ein Resultat der Kolonialisierung Samoas. Die Regierung, der Staat, das waren stets die „anderen“, während die Gesellschaft für das identifikatorische „Wir“ stand. Dieser Gegensatz aus Tradition und Moderne ist heutzutage in der Schnittmenge beider Bereiche in Samoa feststellbar. Die Besonderheiten des samoanischen Wahlsystems basieren auf der gesellschaftlichen Gliederung des Matai-Systems. Deswegen kann hier festgehalten werden, dass die Mataisierung des politischen Lebens die politische Artikulierung des Volkes weitgehend von Personen und weniger von Parteien abhängig macht.

Die Trennung von gesellschaftlichen und staatlichen Machtpositionen ist also letztendlich durch den europäischen Einfluss entstanden. Ebenso verhält es sich mit dem Konsens. Dieses augenscheinlich urtypische pazifische Instrument zur Entscheidungsfindung steht dem westlich-demokratischen Dissensmodell gegenüber. Letzteres benötigt Wahlen zur Entscheidungsfindung. Die Wahl als Produzent der beiden Gruppen von Wahlgewinnern und -verlierern gefährdet ggf. die gesellschaftliche Einheit und wird als Verschwendung humaner Ressourcen gewertet, weswegen dem einheitsstiftenden Konsensmodell als eher bündnisdenn ausschlussdemokratisches Instrument der Vortritt gewährt wird. Allerdings ist dieser Konsensgedanke auf dem Rückzug. Wird er auf lokaler Ebene noch oft gebraucht, so nimmt seine Bedeutung auf nationaler Ebene ab.

Dennoch spielt das Konsensmodell auf lokaler Ebene die entscheidende Rolle. Die samoanische Gesellschaft basiert auf dem Gemeinschaftsgedanken, dem ein Matai vorsteht. Zur Ernennung eines Matai bedarf es der Ernennung durch die erweiterte Familie und der Bestätigung des village council of matais. Seine Ernennung ist somit ein Prozess in mehreren Schritten, der prinzipiell demokratischen Standards genügt.

Jede Person kann also theoretisch zu einem Matai werden und damit im bestehenden politischen und gesellschaftlichen System Einfluss gewinnen. Samoa steht so im Gegensatz zu traditionellen Adelsgesellschaften von Gottesgnadentum wie es sie beispielsweise in Tonga gibt. Die Besetzung der Matais vollzieht sich über die Familien, Dörfer, Distrikte bis hin zum Gesamtstaat. Dieser personengebundene Auswahlprozess beschreibt eine Richtung von unten nach oben, während in umgekehrter Reihenfolge die Mittel verteilt werden. Der eigentlich egalitär-basisdemokratische Vorgang der Ernennung neuer Matais bietet jedoch keinen Schutz vor einem möglichen Missbrauch. Die Ernennungsprozedur ist nirgends verbindlich gefasst, sondern beruft sich auf das jeweilige Brauchtum. Hier besteht die Gefahr von Korruption und ungerechtfertigter Einflussnahme, wenn Mataititel z.B. ver- und gekauft werden oder wenn Matai ihre Wähler mit Geschenken unterstützen, was nach samoanischen Parlamentsrecht ausdrücklich nicht verboten ist. Streitigkeiten werden im „Land and Titles Court“ verhandelt, der im samoanischen Staatswesen eine herausragende Sonderstellung einnimmt und deswegen oftmals von Korruption heimgesucht wird.

Die Etablierung von modernen Parteien im westlichen Sinne fällt unter diesen Umständen naturgemäß schwer, obwohl sich mit der regierenden Human Rights Protection Party und der oppositionellen Samoa Democratic United Party zwei bedeutende Parteien gebildet haben. Ideologische Abgrenzungen anhand des traditionellen Dreierschemas zwischen Liberalen, Konservativen und Sozialdemokraten gibt es kaum. Vielmehr scharft sich die Partei um charismatische Führer, so dass samoanische Parteien eher lose Verbindungen zur Unterstützung geeigneter Kandidaten sind. Um das parteigemäße Ziel der Machtübernahme zu erreichen, werden die Kandidaten ausgesucht, von denen man sich die größten Siegchancen erhofft. Dass die Matai, die sich traditionell der Unterstützung ihrer Familien und Dörfer gewiss sein können, hier die besten Siegchancen und damit am ehesten die Aussicht auf einem Platz im Parlament haben, überrascht nicht. Selbst bei einer völligen Liberalisierung und Öffnung des Wahlsystems dürfte sich zunächst an der rangmäßigen Sitzverteilung in der Fono nichts ändern. Die traditionelle Gesellschaft obsiegt hier (noch) der modernen Politik. Ein weiteres Problem im Bereich Tradition-Moderne ergibt sich aus der Art der samoanischen Entscheidungsfindung. Traditionell werden Entscheidungen im Konsensverfahren getroffen, was als Ausdruck eines einheitlichen gesellschaftlichen und politischen Willens gilt. Der Import westlicher Demokratiegedanken mit seinen parlamentarischen Gepflogenheiten und einer klar verteilten Rolle zwischen den beiden Gruppen Regierung und Opposition stellt sich gegen diesen Konsensgedanken. Es überrascht nicht, dass es der Geschlossenheit von Parteien, die normalerweise von Gegensätzen und Unterschieden leben, unter diesen Umständen nicht leicht gemacht wird.

Somit zeigen sich in Samoa einige Charakteristika, die oftmals stark mit den aufgezeigten Merkmalen von Kleinstaaten korrespondieren. Eine starke Personifizierung spielt hier

ebenso eine Rolle wie die indigene gesellschaftliche Tradition. Offensichtlich ist auch, dass die gesellschaftliche Gliederung in Samoa bzw. die gesellschaftliche Kohäsion im Lande einen starken Einfluss auf die samoanische Demokratie hat. Ausgehend von der stratifizierten gesellschaftlichen Ordnung haben sich relativ stabile politische Verhältnisse entwickelt. Das politische (Parteien)System zeigt bislang drei große Komponenten auf, die sich in den beiden großen Parteien als Sammlungsgruppen für die Matais sowie in der Gruppe der Unabhängigen ausdrückt.

Tabelle 1: Parteiensystem Samoas

	2007	2006	2001	1996	1991
<b>HRPP</b>	36	33	23	24	26
<b>SDUP</b>	7	10	13	11	16
<b>Andere</b>			1	3	
<b>Unabhängige</b>	6	6	12	13	5
<b>Frauen</b>	3	3	3	4	2
<b>Männer</b>	46	46	46	45	45
<b>Wahlbeteiligung</b>			82,4%	86,4%	78%
<b>Kandidaten</b>		210	153	163	
<b>davon Unabhängige</b>		62	55	50	
<b>Bemerkungen</b>	Nachwahl in drei Wahlbezirken	Wirt. Erfolg		Erweiterung um zwei Sitze	Umstellung Wahlrecht

Weiterhin kann in Samoa formell unter Berücksichtigung des Exklusionsmusters der Matai von einer demokratisch legitimierten beschnittenen Demokratie ausgegangen werden. Dies zeigt sich vor allem auch deutlich am staatlichen Aufbau des Landes. Zu bemängeln ist aber auch hier die Vermischung von gesellschaftlicher Tradition und staatlicher Moderne, obwohl sie im Pazifik bislang kaum besser umgesetzt wurde. Hier ist es vor allem die nicht eindeutig fixierte Form der Mataiwerdung, die zu kritisieren ist. Dennoch sollte bei einer solchen Kritik, so angebracht sie auch vor dem Hintergrund der Korruption zu sein scheint, nicht übersehen werden, dass sie eine westliche Kritik aus westlicher Sicht ist.

Die Vorzüge des stabilen samoanischen Systems zeigen sich besonders im Vergleich mit den melanesischen Nachbarn, die eben nicht auf die Identität und Stabilität einer ausdifferenzierten und stratifizierten Gesellschaft zurückgreifen können.

### Staatsaufbau in Vanuatu

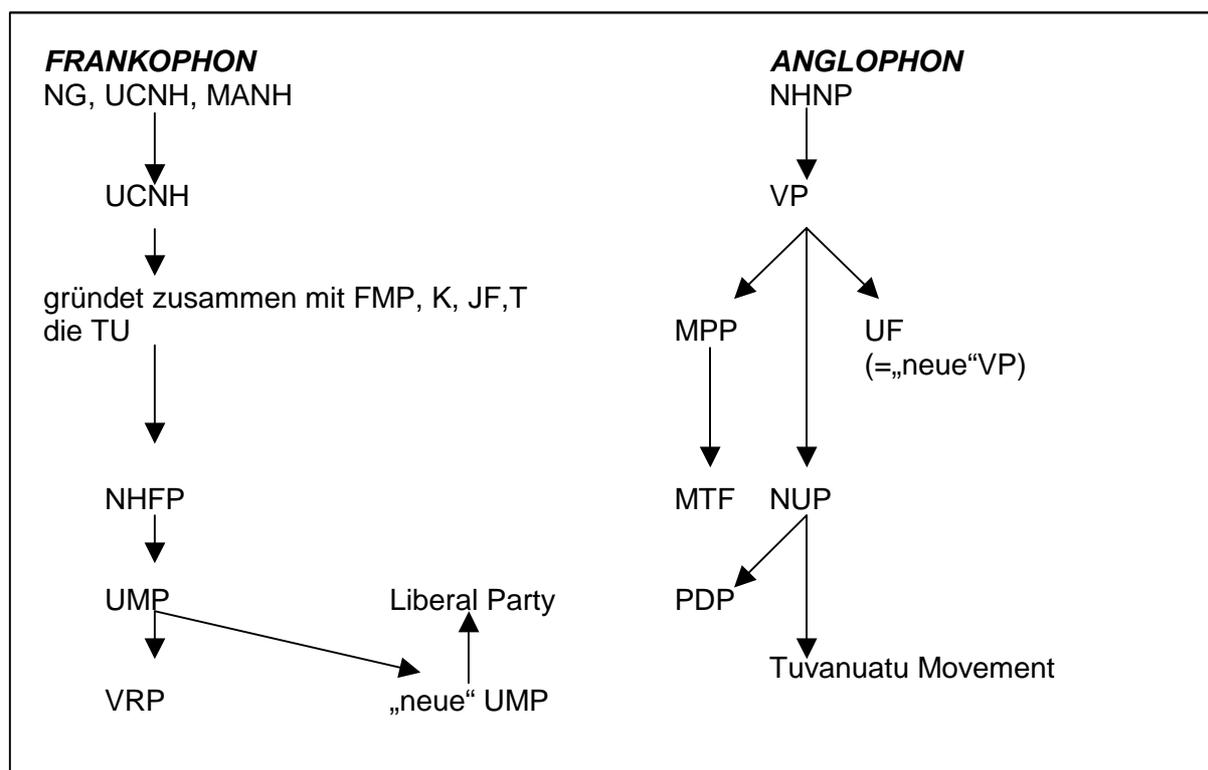
Vanuatu ist mehr als in anderen pazifischen Staaten durch seine einzigartige koloniale Vergangenheit geprägt. Bis zum 30.07.1980 wurde das Land von zwei Kolonialmächten, Großbritannien und Frankreich, gemeinsam als das Kondominium der Neuen Hebriden verwaltet. Die Trennlinien dieses dualen Systems sind noch bis in die Gegenwart und vor allem im Parteiensystem spürbar. Das staatliche System des Landes, das von den Kolonialherrschaften vorgegeben über die Inseln gezogen wurde, wird von den Menschen zunehmend als Belastung empfunden. Das demokratische System mit seinen langwierigen Entscheidungsinstanzen scheint im Gegensatz zu den „grassroots politics“ auf lokaler Ebene ineffizient zu sein. Viele ni-Vanuatu beginnen sich zu fragen, ob die westliche zentralstaatliche Demokratie als eine gelungene Alternative zu den traditionellen dezentralen Problemlösungsansätzen betrachtet werden kann.

Der formale Aufbau Vanuatus stellt sich folgendermaßen dar (siehe Grafik im Anhang): Die parlamentarische Demokratie teilt sich administrativ in sechs Provinzen. Das Staatsoberhaupt ist der Präsident. Dieser wird alle fünf Jahre von einem Wahlkomitee

gewählt, zu dem neben den Parlamentariern die 22 Mitglieder des National Council of Chiefs gehören. Seine Aufgaben sind repräsentativer und notarieller Art. Der „National Council of Chiefs“ ist in Ansätzen mit dem britischen Oberhaus vergleichbar. Theoretisch kann jeder der traditionellen Führer Mitglied des Council werden, sofern er in den Council gewählt wird. Diese Wahl wird allerdings nicht durch die Bevölkerung vollzogen, sondern von den jeweiligen „District Councils“ of Chiefs, die ihre Abgeordneten in den nationalen Rat wählen. Aus der Sicht einer modernen westlichen Staatlichkeit kommt dem National Council formal nicht sehr viel Macht zu. Seine Aufgaben bestehen vor allem in der Pflege des Kastom und in der Überwachung der Kompatibilität des staatlichen Handelns mit den traditionellen Regeln. Er ist ein beratendes Organ. Da in der Verfassung das Kastom eine herausragende Rolle spielt, ist der tatsächliche Einfluss des Council groß, zumal traditionelle Regeln für die ni-Vanuatu noch immer Vorrang haben. Die Chiefs agieren als fleischgewordenes Gesetzbuch der Tradition und verkörpern somit die oral tradierte Rechtsgeschichte des Landes.

Der Regierungschef ist der Premierminister, der aus der Mitte des 52 Sitze umfassenden Parlaments gewählt wird. Der Premier ernennt sein Kabinett, das dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Im Parlament zeichnet sich die getrennte frankophone und anglophone Parteienlandschaft als Resultat des Kondominiums ab.

Graphik 2: Parteienlandschaft Vanuatu



Hierbei dürfen die Parteien jedoch nicht als die formalisierten Gruppen gleichgesinnter Bürger verstanden werden, die sich zur Erreichung eines gemeinsamen politischen Ziels zusammentun. Auch muss die Funktion der Interessensaggregation der Parteien Vanuatus hinterfragt werden. Eine übergreifende politische Idee, eine Vorstellung oder eine politische Ausrichtung, die sich in einer Partei kumuliert und artikuliert, ist allgemein in kleinen Staaten und so auch in Vanuatu kaum feststellbar. Vielmehr ist es die Person, um die sich eine Partei aufbaut. Der politische Führer ist das Parteiprogramm und die Parteiideologie. Es ist eine personifizierte Organisation, die nicht die Interessen einer Gruppe vertritt, sondern vielmehr die Interessen einer Person, die sich der Gruppe als Organisation bedient. Wird der Führung die Gefolgschaft versagt, so gründen die geschassten Führer in der Regel eine neue Partei.

Michael Morgan spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Balkanisierung“ (Morgan 2004:44) des Parlaments in Port Vila.

Dementsprechend überrascht es nicht, dass in Vanuatu seit der Unabhängigkeit immer wieder dieselben Namen das politische Leben bestimmen. Ideologische Grenzen, Fraktionsdisziplin u.ä. sind für die Abgeordneten fremd. Vielen fehlt das politische Bewusstsein für ihr Land und für die Partei. Die „moral capacity“ der Abgeordneten ist nicht sehr ausgeprägt, weswegen die Bürger das Vertrauen in die politischen Parteien und den modernen Staat im allgemeinen verlieren. Dass die Wähler in zunehmendem Maße eher Unabhängigen das Vertrauen aussprechen ist sowohl Ausdruck der personalisierten Politik in kleinen Staaten als auch ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber den nationalen Parteien, die für den Gesamtstaat stehen und einen regionalen Bezug vermissen lassen.

Tabelle 2: Parteienlandschaft und Personifizierung in Vanuatu

	1983	1987	1991	1995	1998	2002	2004	2008
National United Party			10	9	11	8	10	8
Union of Moderate Parties	13	20	19	17	12	15	9	7
Unabhängige (inkl. "1-Sitz-Parteien")	(2)		2 (3)	2 (4)	11	6	9 (11)	4 (13)
Vanua'aku Pati	24	26	10		18	14	8	11
Vanuatu Republican Party						3	4	7
Unity Front				20				
Greens						3	3	2
Nagriamel	1			1				1
Fren Melanesian Party	1		1	1				
People's Progress Party							3	4
Melanesian Progressive Party			4			3	2	1
National Community Association							2	
Peoples Action Party							1	1
Namangi Aute							1	1
Vanuatu Labour Party								1
Vanuatu Progressive Republican Farmer Party								1
Shepherds Alliance								1
Vanuatu Family First Party								1
Vanuatu National Party								1
Frauen						1	2	2
Männer					52	51	50	50
Bemerkungen			a	b	c			

- Lini verliert Posten als Premier, verlässt die VP und gründet eigene National United Party.
- VP tritt als Partei nicht zur Wahl an, sondern bildet mit anderen Parteien den losen Zusammenschluss der Unity Front.
- Vertrauensverlust der beiden großen Parteien VP und UMP, Zunahme unabhängiger Abgeordneter und Splitterparteien (Zahlen aus: [http://www.ipu.org/parline-e/reports/2345\\_E.htm](http://www.ipu.org/parline-e/reports/2345_E.htm))

Dieser Bezug ist für die Bürger aber enorm wichtig, da sich die Identität der meisten ni-Vanuatu auf ihre Heimatregion beschränkt. Man vertraut einer bestimmten Person, „einer von uns“, eher als den abstrakten Parteien. Von den 52 Sitzen im Parlament wurden bei den Wahlen am 06.07.2004 15 (rund 29 %) Plätze an unabhängige Bewerber und Bewerberinnen aus Splitterparteien vergeben. Dabei zeigt sich im Vergleich zu Samoa ein gegenläufiger Trend. Während in der Staatskonstruktion Vanuatu das Vertrauen in die Parteien, die als staatliche Institutionen angesehen werden, schwindet und eher Unabhängige ein Mandat erhalten, zeigt sich in der historisch gewachsenen Nation Samoa das Gegenteil. Hier

nehmen die Unabhängigen einen weniger großen Raum ein als in Vanuatu und die Parteien können sich noch stärker etablieren.

Das Parlament Vanuatus wird in einem vierjährigen Turnus vom Volk im Verhältniswahlrecht gewählt. Ein wichtiger parlamentarischer Reformprozess wurde vom „Comprehensive Reform Programme“ (CRP) 1997 angeregt. Mit dem „Government Act“ 1998 wurde ein „Development Committee of Officials“ eingerichtet, das dem Council of Ministers beratend zur Seite steht. Im Zuge dessen wurde die Rolle von politischen Beratern klar definiert, um Missbrauch vorzubeugen. Mit der Implementierung des „Leadership Code Act“ 1998 wurde erstmals eine Richtlinie erstellt, die zur Orientierung der Parlamentarier und der Minister dienen soll. Eines der Ziele ist die Schaffung eines Bewusstseins der politisch Verantwortlichen für ihre Aufgabe gegenüber dem gesamten Land und seinen Einwohnern. Die erste Sorge gilt hierbei der politischen Stabilität, die es zu erreichen gilt, um handlungsfähig zu bleiben und sich nicht selbst zu blockieren, bevor an persönliche und regionale Vorteile der Heimatgebiete gedacht werden darf. Während die politischen Reformprozesse die Verbesserung des Lebensniveaus im gesamten Land zu erreichen versuchen, sehen die Wähler vor allem zuerst ihre Region und wählen ihre Kandidaten dementsprechend. Die Lösung dieses Konflikts aus gesamtstaatlichen Notwendigkeiten und regionalen Besonderheiten und Wünschen stellt eine der größten politischen Herausforderungen Vanuatus in der näheren Zukunft dar und zeigt auf, inwieweit sich eigentlich demokratische Verhältnisse gemäß der fragmentierten Gesellschaft in Vanuatu negativ auf den Staat auswirken bzw. wie sehr sich der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Tradition und staatlicher Moderne in den Vordergrund schiebt.

Neben dem fehlenden Bewusstsein für den Gesamtstaat und persönlicher Vorteilsnahme fehlt es der Legislative häufig schlicht an Kompetenz. Die Abgeordneten sind meist keine Fachleute und sie verfügen über keine gut ausgebildeten Beamtenapparate. Die Aufgabe als gesetzgebendes Gremium kann deswegen nur unbefriedigend erfüllt werden. Ebenso ist die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Regierung nur unzureichend. Dies liegt zum einen daran, dass zwischen den Parlamentariern und den Regierungsmitgliedern oftmals persönliche Bande herrschen und persönliche Kleinkriege der sachlichen Diskussion vorgezogen werden. Zum anderen gibt es ein finanzielles Problem. Das Parlament vertritt rund 209.000 Menschen, was ein Verhältnis Parlamentarier-Bürger von 1:3.850 ergibt. Das Parlament mit seinen 52 Mitgliedern ist zu groß. Es tagt aus Kostengründen nur ein- bis zweimal jährlich, so dass eine effektive Regierungskontrolle kaum ausgeübt werden kann. Versuche, die Anzahl der Sitze zu verringern, scheitern an den Parlamentariern selbst, die um ihre wohl-dotierten Posten und Privilegien bangen.

Wahlen in Vanuatu unterliegen wie in anderen südpazifischen Kleinstaaten der gesellschaftlichen Intimität kleiner Staaten und der überlieferten, aber nirgends formal definierten Tradition. Parteien im eigentlichen formellen und institutionellen Sinne sind nicht vorhanden. Sie agieren als Wahlverein für eine bestimmte Person. Die persönliche Bindung eines Kandidaten zu seiner Klientel steht dabei im Vordergrund, wobei vor allem bei den Wahlen die melanesische Tradition des Gebens und des Nehmens intensiv gepflegt wird. Den traditionellen Führern der ni-Vanuatu kommt dabei eine ambivalente Rolle zu. Ihre formale Rolle als Kandidat oder Unterstützer eines Kandidaten ist gering. Im Parlament sitzen somit folgerichtig auch nur relativ wenige Chiefs. Informell haben sie wegen ihrer angesehenen Position einiges an politischem Gewicht. Ihr tatsächlicher Einfluss ist nur schwer abzuschätzen. Vermutlich aber können wichtige Entscheidungen nicht gegen den Willen der traditionellen Führer durchgesetzt werden. Die Auswahl der parlamentarischen Kandidaten wird normalerweise von der jeweiligen Partei nicht ohne „traditionellen Beistand“ der Chiefs vollzogen. Unabhängige Kandidaten brauchen ohne die tragende Protektion durch die traditionellen Führer gar nicht erst antreten. Wie gezeigt, haben in Vanuatu immer mehr Unabhängige Sitze im Parlament erzielen können. Sie vertreten die Probleme ihrer speziellen Region und damit auch immer die Interessen der lokalen Führer. Diese dienen auch als politisches Medium. Vanuatu ist ein Land, in dem rund 80% der Bevölkerung

ländlich und somit fernab von Medien wie dem Fernsehen, Zeitungen usw. leben. Viele ni-Vanuatu sind Analphabeten, so dass gedruckte Medien hier keinen Einfluss haben, was wiederum die Rolle der traditionellen Führer als Informationsvermittler stärkt. Die eigene Urteilsbildung wird somit abhängig von der Meinung des Chiefs.

Hierbei ist aber nicht nur die Abhängigkeit von der Meinung des traditionellen Führers zu beachten, sondern auch die Tradition in der Entscheidungsfindung. Die traditionellen Gesellschaften Vanuatus finden ihre Entscheidungen überwiegend im Konsens. Ein Instrument, welches in überschaubaren Gemeinschaften funktioniert, auf den Gesamtstaat ausgedehnt aber vermutlich an der Masse scheitern würde.

Die politische Situation in Vanuatu ist zusammenfassend ausgedrückt typisch für Kleinstaaten ohne staatgesellschaftliche Tradition. Intime gesellschaftliche Verhältnisse sorgen für eine personifizierte Politik. Personen werden gemäß ihrer Bedeutung zu Institutionen und transformieren zu Eliten, die eher am eigenen Wohlergehen als am Gemeinschaftswohl orientiert sind. Die Abkehr relativ großer Wählergruppen von den „etablierten“ und freilich immer noch um eine bestimmte Führungsperson aufgebauten Parteien spricht hierbei für sich.

### **Gemeinsamkeiten beider Staaten**

Viele der Gemeinsamkeiten zwischen Samoa und Vanuatu oder auch zwischen Polynesien und Melanesien sind zugleich auch ihre Gegensätze. So kann man in beiden Regionen davon ausgehen, dass die Gesellschaft den Staat und seine modernen demokratischen Verhältnisse rekolonialisiert hat. Allerdings gehen die Auswirkungen in verschiedene Richtungen, was weiter unten noch ausgeführt wird.

Die pazifischen Parteien sind bei allen Unterschieden in Herkunft, Geschlossenheit, Dauer und politischer Zielsetzung von einigen Gemeinsamkeiten gekennzeichnet. Sie sind erstens meist sehr klein und elitär und ohne den Charakter einer auch für kleinstaatliche Verhältnisse mitgliederstarken Massenpartei. Sie sind zweitens sehr instabil und zerbrechen meist nach Erreichung ihres Ziels oder bei einem Austritt eines charismatischen Mitglieds (was häufig mit einer Parteineugründung einhergeht). Die genannten parteilichen Ausnahmen in Samoa scheinen diese Regel allerdings nicht zu bestätigen. Drittens gibt es keine schlüssige Ideologie als Maxime, sondern viertens einen parteilichen Akkumulationsgrund, der mit verwandtschaftlicher/ethnischer Zugehörigkeit, geographischer Herkunft und charismatischer Persönlichkeit zu tun hat. Fünftens wird die Tradition in den pazifischen Parteien zur Mobilisierung der Bevölkerung und Legitimation der Herrschaft gebraucht und nicht selten missbraucht. Schließlich spielt sechstens die christliche Religion in den Parteien und der Führerschaft eine erhebliche Rolle.

Tabelle 3: Politische Parteien im Pazifik und ihre politischen Prinzipien (aus: Ratuva 2005:6)

<b>Country</b>	<b>Number of political parties</b>	<b>Major principles of party organization, support and membership</b>
<b>Cook Is.</b>	3	Kinship, business connections, locality, religion.
<b>Fiji</b>	11	Ethnicity, political ideology, regional loyalty, religion
<b>Kiribati</b>	2	Personality, kinship, religion
<b>Marshall Is.</b>	1	Personality, kinship
<b>FSM</b>	0	-
<b>Nauru</b>	0	-
<b>Palau</b>	0	-
<b>PNG</b>	24	Personality, kinship, regional/tribal loyalty, religion
<b>Samoa</b>	7	Personality, kinship, religion, locality

<b>Solomon Is.</b>	2	Personality, kinship, regional/tribal loyalty, religion
<b>Tokelau</b>	0	-
<b>Tonga</b>	0	-
<b>Tuvalu</b>	0	-
<b>Vanuatu</b>	7	Personality, kinship, regional/tribal loyalty, language

Sowohl in Samoa als auch in Vanuatu lässt sich eine Instrumentalisierung einer formal nicht näher definierten Tradition feststellen. Die traditionellen gemeinschaftlichen Werte halten Einzug in die jeweiligen Verfassungen und treffen dort mit den individuellen Rechten einer modernen westlichen Demokratie zusammen. Dies führt, zusammen mit dem Heranwachsen einer neuen nicht mehr so stark traditionell geprägten Generation, zu Konflikten.

Weiterhin spielen in beiden (Klein)Staaten Personen eine signifikante Rolle. Dies drückt sich vor allem darin aus, dass Personen institutionalisiert werden. Allerdings stellt sich diese Institutionalisierung in Vanuatu und Samoa in verschiedenen Ausrichtungen dar. Dies zeigt sich besonders darin, dass die demokratischen Verhältnisse im Verbund mit einer personifizierten Institutionalisierung in Samoa zu politischer Stabilität führt, während dieselbe Personifizierung bei Beachtung einer staatlich gewährleisteten Demokratie in Vanuatu politische Instabilität begründet.

Zudem weisen beide pazifische Staaten eine Gemeinsamkeit auf, die als ein Beleg für eine soziopolitische Strukturdeterminante pazifischer *Klein*staaten dienen kann. Sowohl Samoa als auch Vanuatu sind bei allen Unterschieden immer noch überschaubar. Selbst in den hierarchisierten polynesischen Gesellschaften, die auf Unter- und Überordnung aufgebaut sind, hat sich deswegen ein gesellschaftliches und politisches Regulierungsinstrument aufgebaut, das für kleine Gruppen charakteristisch ist. Für die gesamte pazifische Region gilt, dass der Konsens einer Mehrheitsentscheidung vorzuziehen ist. Das westliche demokratische Modell und besonders das britische Westminster-Modell mit seinen klaren entscheidungsfähigen Mehrheiten steht der traditionellen pazifischen Entscheidungsfindung entgegen. Nicht zuletzt hier zeigt sich die eigentliche Unvereinbarkeit eines modernen westlichen Staates mit den traditionellen pazifischen Gesellschaften.

### **Unterschiede beider Staaten**

Ein Bezugspunkt für die demokratische Präsenz des Staates in Samoa und in Vanuatu ist die Art und Weise der Repräsentation von gesellschaftlichen Verhältnissen in den jeweiligen Parlamenten. Diese staatlichen Institutionen bilden dabei erstens ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse und zeigen zweitens die Inklusion oder Exklusion bestimmter Gruppen auf. So überrascht es nicht, dass die traditionellen Führer in den samoanischen Vertretungen eher anzutreffen sind und somit eine größere Machtfülle haben als in Vanuatu. Während die Entscheidungsgewalt in Samoa bei den gewählten Matai liegt und diese im Sinne der gesellschaftlichen Tradition aktiv in die staatliche Moderne eingebunden sind, haben die traditionellen Führer in Vanuatu formal lediglich einen beratenden Charakter. Somit ist die vielgepriesene Revitalisierung der gesellschaftlichen Tradition gerade im Hinblick auf das Nationbuilding Vanuatus eine Fassade. Tatsächlich bleibt die Tradition formal also außen vor und bildet so weiterhin einen Konfliktpunkt zwischen gesellschaftlicher Tradition und staatlicher Moderne, der sich in informellen Wegen der Einflussnahme darstellt und somit die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft vertieft und zur staatlichen Instabilität führt. Der allgegenwärtige Bezug auf eine wie auch immer geartete gemeinsame melanesische Tradition zur gesellschaftlichen Konstitution und Legitimation des Staates gerade durch die Parlamentarier und die Parteien in Vanuatu wird immer weniger ernstgenommen. Der Einzug von Unabhängigen in das Parlament unterstreicht dies.

Die herausragende Bedeutung der Person im Sinne einer kleinstaatlichen Personifizierung ist in allen pazifischen Parlamenten offensichtlich. Dabei unterscheiden sich die samoanischen von den Volksvertretern in Vanuatu wie folgt.

Die Herkunft der Abgeordneten in Vanuatu hat vor allem eine sozial-geographische Bedeutung. Verschiedene Bewerber tragen ihren Wahlkampf anhand der unsichtbaren Leitlinien der Tradition aus. Gewählt wird in den meisten Fällen der und dabei ganz bewusst nicht „die“, der von den traditionellen Führern empfohlen wird und der diesen den größten Nutzen zu versprechen scheint, der im Umkehrschluss auch der wählenden Bevölkerung zugute kommt. Leider „modernisiert“ sich diese traditionelle Form des Gebens und Nehmens vor dem Hintergrund einer kleinstaatlichen Personifizierung häufig zu einer Korruption.

In der stratifizierten Gesellschaft Samoas hingegen sind bestimmte Bevölkerungsgruppen gar nicht im Parlament repräsentiert. In Samoa kommt also im Gegensatz zu Vanuatu die traditionelle Gliederung der Gesellschaft hauptsächlich durch ein in den modernen Staatsaufbau integrierten Exklusionsmechanismus zum Tragen. Dabei ist der Verweis auf die jeweiligen Traditionen durchaus skeptisch zu bewerten. Zum einen ist ihr Wahrheitsgehalt kaum zu überprüfen, wovon besonders die kleinstaatlichen Eliten profitieren, die sich auf die Tradition berufen, und zum anderen sind viele der so genannten voreuropäischen Traditionen erst durch den Kontakt zu den europäischen Fremden entstanden.

Die jeweilige Tradition wird hier also politisiert und an die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse angepasst. Während also in Samoa, mithin also in Polynesien, Demokratie und Parteien die Tradition dahingehend funktionalisieren, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu konservieren, führen die staatliche Demokratie und die Parteien im melanesischen Vanuatu zu einer machtpolitischen Konstruktion einer nicht definierten Vergangenheit, um Identität zu erzeugen und den Staat zu legitimieren. In beiden Subregionen des Pazifiks können sich die Parteien dabei auf das jeweilige gesellschaftliche Netzwerk stützen. In Vanuatu ist dieses Netzwerk vor allem lokaler und sozialer Natur; traditionelle Würdenträger unterstützen „ihren“ Anhang und erlangen somit rasch eine Position in der „modernen“ Politik. In Samoa hingegen bestimmt die Abstammung im Sinne eines verwandtschaftlichen Verhältnisses zu der herrschenden Klasse den politischen Elitarisierungsprozess. Der politische Wettstreit im Pazifik ist also ein Streit um die „richtige“ Tradition. Dabei werben gerade in Melanesien Parteien mit der in ihrem Sinne richtigen Deutung von Kastom und somit mit einer vormodernen Tradition von Nicht-Staatlichkeit, was deutlich den Konflikt zwischen Tradition und Moderne unterstreicht.

Ein weiterer gravierender Unterschied ist an der Stabilität der demokratischen und somit auch der staatlichen Verhältnissen im allgemeinen zu beobachten. Vanuatus Staatsaufbau setzt auf eine relativ starke Exekutive, was die Möglichkeit zur Parlamentsauflösung erleichtert. Hier kann es vorkommen, dass Regierung und Parlament gegeneinander kämpfen, was die Instabilität der Regierungen in Vanuatu mit erklärt. Im Gegensatz dazu steht Samoa mit einem starken Gewicht auf der Legislative. Samoas Erfolg basiert hier weiterhin vor allem auf einer längeren staatlichen oder zumindest staatsähnlichen Erfahrung mit zentralisierten Systemen; einheitlichen, ausdifferenzierten und stratifizierten gesellschaftlichen Verhältnissen und der evolutionären Fähigkeit des System zum Wandel. In einem direkten Vergleich liegt Vanuatu in diesen drei Spielklassen hinter Samoa.

Sehr eindeutig wird dies bei Beachtung des Wahlrechts. Während das gesellschaftlich kohäsive und homogene Samoa das auf stabile Mehrheiten setzende Mehrheitswahlrecht praktiziert, wurde für das heterogene und gesellschaftlich fragmentierte Vanuatu das Verhältniswahlrecht eingeführt, was auch mit der Anzahl der Parteien korreliert. Während in der „mittelbaren“ Demokratie Samoa zwei Parteien dominieren, die mit den Unabhängigen unter beinahe konsensualen Bedingungen zusammenarbeiten, zeigt sich in Vanuatu ein anderes Bild. Angesichts der dortigen heterogenen gesellschaftlichen Verhältnisse überrascht die Zersplitterung des Parteiensystems wenig.

Dabei lässt sich die ambivalente Rolle der Person in Kleinstaaten gut studieren. Es war hier vor allem der Staatsgründer Walter Lini, der bis zu seinem Machtverlust 1991 das politische Leben dominierte und für halbwegs stabile Verhältnisse sorgte, weswegen nicht selten die Frage gestellt wird, ob ein präsidiales Regime nicht die bessere Alternative für die pazifischen Staaten darstellt. Danach begann die Erosion der Parteien und somit der Einzug instabiler Verhältnisse. Offensichtlich ist dabei die Personengebundenheit. Wann immer eine Person der kleinen Elite seine Interessen nicht durchsetzen konnte, wurde mit Parteiaustritten oder Parteineugründungen reagiert. Dass dies die politischen Verhältnisse nicht gerade stabilisiert und das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen modernstaatlichen Entscheidungs- und Regelungsmechanismen nicht anwachsen lässt, bedarf dabei keiner weiteren Erläuterung.

Die Analyse demokratischer Verhältnisse, soviel sollte deutlich geworden sein, bedürfen einer Übersetzung bzw. Angleichung an die pazifischen Realitäten. Die bloße Transformation europäischer Verhältnisse (Westminster-Demokratie) auf den Pazifik erweist sich als ein Trugschluss. Nur dort, wo die staatliche Demokratie sich an die lokalen Gegebenheiten angepasst hat, zeigt sich, dass die Demokratie auch im Pazifik funktionieren kann. Dass dabei durchaus nicht immer den westlichen Ansprüchen genügt wird, ist eine Lehre, die in Analysen über die pazifischen Demokratien zu berücksichtigen ist. Gleichfalls sollte nicht übersehen werden, dass zwischen den Vorgaben des modernen Staates und der tatsächlichen Umsetzung eine Deckungslücke klafft.

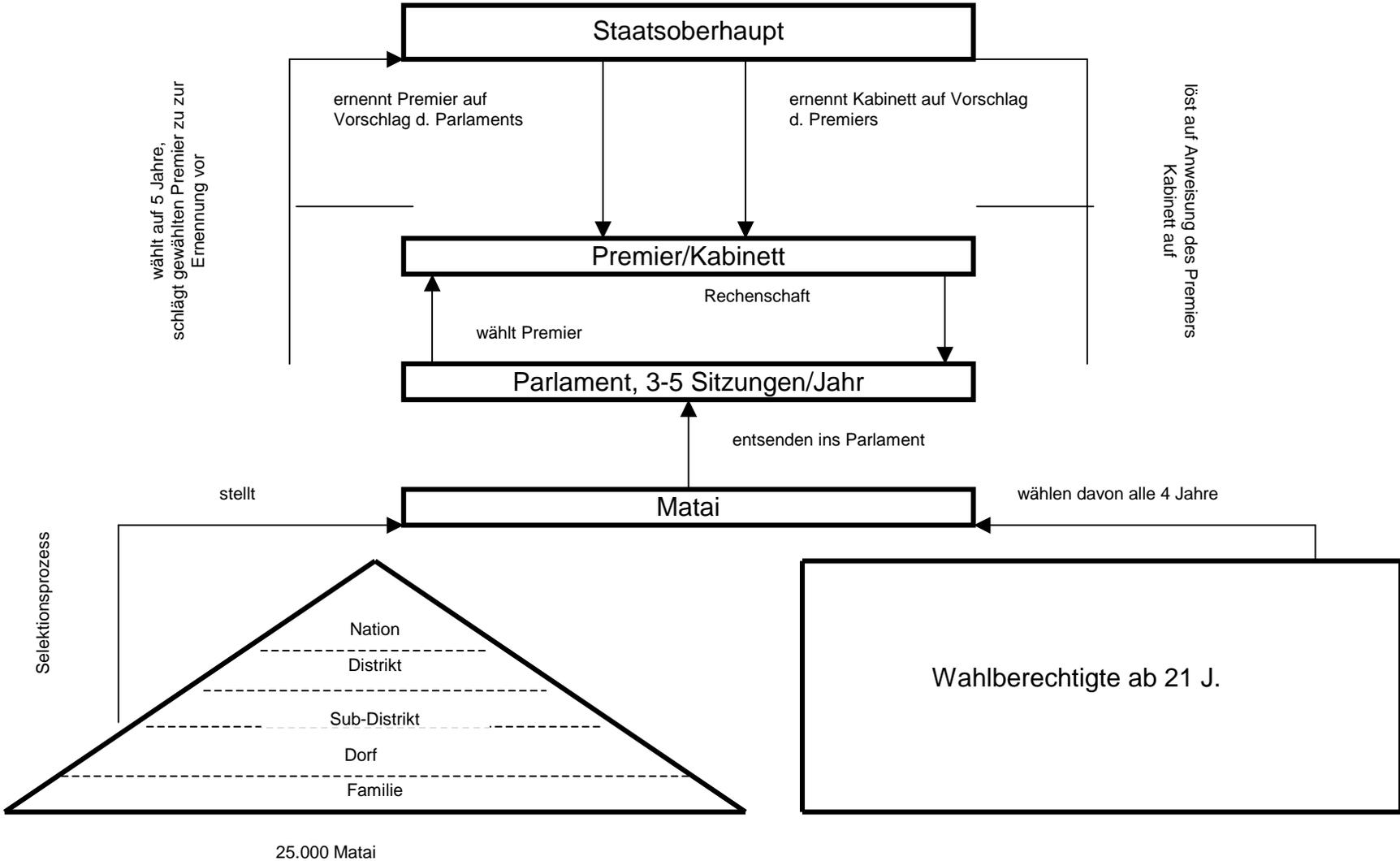
Dies hat vor allem zwei Gründe, die sich zum einen darin zeigt, dass die insularen Kleinstaaten des Pazifiks mit kleinstaatlichen Limitierungen zu (über)leben haben. Ein permanent tagendes Parlament ist kaum vorhanden. Vielmehr treffen sich die Parlamentarier nur wenige Male im Jahr, so dass eine wirkungsvolle Kontrollfunktion kaum mehr möglich ist. Hinzu kommt, dass der Staat oftmals vor den Toren der Hauptstadt endet und dann die traditionellen Regelungsmechanismen einsetzen, die mit westlichen Vorstellungen über Demokratie kaum in Einklang zu bringen sind. Der traditionelle politische Unternehmer des Big Man überschreitet beispielsweise in diesem Konflikt aus Tradition und Moderne schnell die Grenzen zur Korruption.

Ein weiterer Grund zeigt sich zum anderen in der fest verwurzelten Tradition der pazifischen Gesellschaften. Es stellt sich die Frage, was die besten Gesetze nützen, wenn sie schlichtweg nicht befolgt werden und der Staat nicht Möglichkeiten besitzt, um wirkungsvoll zu sanktionieren. Betrachtet man angesichts der Bedeutung von Traditionen die demokratische Realität im Pazifik, dann offenbart sich rasch das traditionelle Dilemma im Pazifik. Zwar genügen Wahlen den formalen Ansprüchen – tatsächlich zeigt sich aber schnell ein anderes Bild. Ein demokratischer Nominierungsprozess von Kandidaten, wie er in den ideologisch ausgerichteten Großparteien des Westens zumindest sein sollte, ist im Pazifik nicht gegeben. Die Parteien sind zu klein und häufig auf die Person des Parteiführers ausgerichtet. Häufig stellen sich die Kandidaten selbst auf und werden von ihren jeweiligen lokalen Bezugsgruppen unterstützt. Die Unterstützung ist wiederum abhängig von dem erwarteten Mehrwert des Kandidaten, der somit reine Partikularinteressen verfolgt und ggf. das Wohl des Gesamtstaates übersieht.

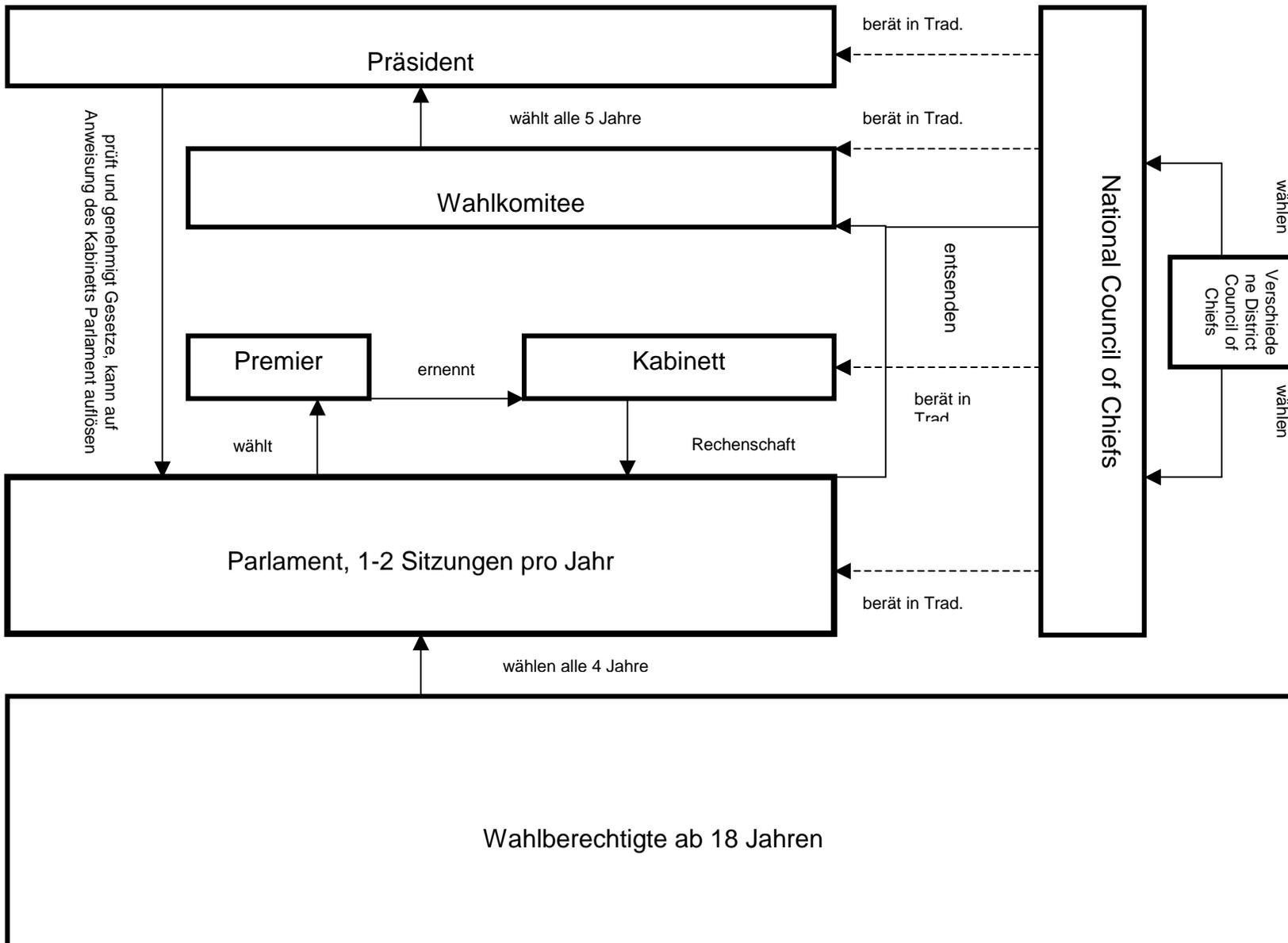
Beide Gründe gehen miteinander einher. Das Sanktions- und Ordnungselement Staat ist im Pazifik häufig kaum vorhanden. Die staatliche Souveränität, die sich über das gesamte staatliche Territorium erstrecken sollte, ist zumindest in Melanesien oftmals reine Theorie. Die durch die staatliche Schwäche entstehende Lücke des staatlichen Gewaltmonopols wird durch die bestehenden stark verwurzelten Traditionen besetzt. Demokratische Verhältnisse nach westlichem Vorbild können sich hier kaum etablieren. Es erscheint zwar übertrieben, von einer „Afrikanisierung des Pazifiks“ (Reilly 2000) auszugehen, aber dennoch kommt man nicht umhin, festzustellen, dass sich die Weichen zumindest in Melanesien in diese Richtung stellen könnten. Überwiegend scheint es im Pazifik allerdings so, als wenn die durch die gesellschaftliche Tradition aufgefüllte Deckungslücke des Staates ohne negative, d.h.

gewaltsame Folgen bleibt. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn der demokratische Staat versucht, die gesellschaftlichen Regelungsmechanismen aufzunehmen. Anhand der gewählten Beispiele aus Samoa und Vanuatu ist dies zu beobachten. Während Vanuatu den lokalen und traditionellen Regelungsmechanismen formal nur eine beratende Rolle zuweist, bindet Samoa die Tradition direkt in den Staat ein und vermeidet somit ein destabilisierendes Nebeneinander von Staat und Gesellschaft. Es mag in westlichen Ohren nicht gut klingen, aber die beschnittene Demokratie in Samoa, die den gewöhnlichen Bürgern das passive Wahlrecht nicht gewährt, zeigt real eine größere Funktionstüchtigkeit als die formal vollständigen Demokratie in Vanuatu.

**SAMOA**



# Vanuatu



## Literatur zum Thema:

- Anter, Andreas (2003): „Im Schatten des Leviathan – Staatlichkeit als Ordnungsidee und Ordnungsinstrument“, in: Friedbert W. Rüb et al. (Hg.): „Demokratie und Staatlichkeit“, Opladen.
- Crocombe, Ron (2001): „The South Pacific“, Institute of Pacific Studies, 7<sup>th</sup> ed., USP Suva.
- Fraenkel, John (2005): „Democracy and its Pacific Discontents“, in: John Henderson/Greg Watson (eds.): „Securing a Peaceful Pacific“, Christchurch.
- Fraenkel, Jon (2004): „The Manipulation of Custom“, Research School of Pacific and Asian Studies, Canberra.
- Fried, Morton H. (1967): „The Evolution of Political Society“, New York.
- Gerstenberger, Heide (2001): „Öffentliche Staatsgewalt? Zum Verhältnis von Korruption und Staatsform“, in: „Prokla“, 31(124) Oktober 2001.
- Häberle, Peter (2001): „Kleinststaaten als Gegenstand einer kulturwissenschaftlichen Verfassungslehre“, in: Romain, Kirt/Arno Waschkuhn (Hg.): „Kleinststaaten-Kontinent Europa“, Baden-Baden.
- Ho, Sheryl (2003): „Samoan System Described as Unique“, in: „USPBeat“, 3(2) March 2003.
- Holtz, Andreas (2003): „Nation-Building und die Frage nach Souveränität im Südpazifik vor dem Hintergrund der politischen Geschichte der Republik Vanuatu“, Münster.
- Keesing, Roger M. (1989): „Creating the Past: Custom and Identity in the Contemporary Pacific“, in: „The Contemporary Pacific“, 1(1) Spring 1989.
- Larmour, Peter (1992): „States and Societies in the Pacific Islands“, in: „Pacific Studies“, 15(1) March 1992.
- Larmour, Peter (1994): „'A Foreign Flower'? Democracy in the South Pacific“, in: „Pacific Studies“, 17(1) March 1994.
- Larmour, Peter (1996): „State versus Governance in Melanesia“, State Society and Governance in Melanesia Project, Working Paper 1996/1, ANU Canberra.
- Larmour, Peter (1998): „Migdal in Melanesia“, in: Peter Dauvergne (ed.): „Weak and Strong States in Asia-Pacific Societies“, St. Leonhard.
- Larmour, Peter (2001): „Westminster in the Pacific: A Policy Transfer Approach“, State Society and Governance in Melanesia Project, Discussion Paper 2001/1, ANU Canberra.
- Larmour, Peter (2002): „Westminster Constitutions in the South Pacific: A 'Policy Transfer' Approach“, in: „Asian Journal of Political Science“, 10(1) 2002.
- Larmour, Peter (2003): „The Foreignness of the State in the South Pacific“, in: „La Nouvelle Revue du Pacifique/The New Pacific Review“, 2(1) Dec. 2003.
- Lawson, Stephanie (1991): „The Failure of Democratic Politics in Fiji“, Oxford.
- Lawson, Stephanie (1996): „Tradition versus Democracy in the South Pacific“, Cambridge.
- Lawson, Stephanie (1997): „Cultural Traditions and Identity Politics: Some Implications for Democratic Governance in Asia and the Pacific“, State, Society and Governance in Melanesia, Discussion Paper 97/4, ANU Canberra.
- Lowenthal, David (1987): „Social Features“, in: Colin Clarke/Tony Payne (eds.): „Politics, Security and Development in Small States“, London.
- May, Ronald J. (ed.) (2003): „Arc of Instability? Melanesia in the early 2000s“, Canberra/Christchurch.
- Mead, Magret (1961): „Cooperation and Competition among Primitive Peoples“, Boston.
- Morgan, Michael (2005): „Cultures of Dominance: Institutional and Cultural Influences on parliamentary Politics in Melanesia“, State Society and Governance in Melanesia Project, Working Paper 1996/1, ANU Canberra.
- Morgan, Michael G. (2004): „Political Fragmentation and the Polica Environment in Vanuatu 1980-2004“, in: „Pacific Economic Bulletin“, 19(3) 2004.
- Powles, Michael (ed.) (2006): „Pacific Futures“, Canberra.
- Ratuva, Steven (2005): „Primordial Politics?: Political Parties and Tradition in Melanesia“, USP Suva.
- Reilly, Ben (2000): „The Africanization of the South Pacific“, in: „Australian Journal of International Affairs“, 54(3) 2000.

- Rich, Roland et al. (eds (2008): „Political Parties in the Pacific Islands“, Canberra.
- Sahlins, Marshall D. (1962/63): „Poor Man, Rich Man, Big Man, Chief: Political Types in Melanesia and Polynesia“, in: „Comparative Studies in Society and History“, 5(5) 1962-63.
- Schneckener, Ulrich (2004): „States at Risk - Zur Analyse fragiler Staatlichkeit“, in: ders. (Hg.): „States at Risk: Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Seibel, Hans Dieter (1978): „Die Entstehung von Macht und Reichtum“, in: „Das Argument“, Sonderband 32/1978.
- Seibel, Hans Dieter (1978b): „Offene und geschlossene Gesellschaften. Überprüfung einer Hypothese im interkulturellen Vergleich: Melanesien und Polynesien. Die Entstehung von Macht und Reichtum“, in: „Zeitschrift für Soziologie“, 7(3) 1978.
- So'o, Asofou (2005): „Westminster in Oceania: A Samoan Perspective“, in: John Henderson/Greg Watson (eds.): „Securing a Peaceful Pacific“, Christchurch.
- So'o, Le'apai L. Asofou (2004): „Samoa's Electoral System as it works on the Ground“, Paper zur „Conference on Political Culture, Representation and Electoral Systems in the Pacific“, USP Port Vila.
- Sutton, Paul (1987): „Political Aspects“, in: Colin Clarke/Tony Payne: „Politics, Security and Development in Small States“, London.
- Tcherkézoff, Serge (2000): „Are the Matai out of time'? Tradition and Democracy: Contemporary Ambiguities and Historical Transformation of the Concept of Chief“, in: Elise Huffer/Asofou So'o (eds.): „Governance in Samoa“, Suva.
- Wimmer, Hannes (2002): „Demokratie als Resultat politischer Evolution“, in: Kai-Uwe Hellmann/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): „Theorie der Politik“, Frankfurt/Main.

# Königtum und Demokratie in Tonga

Marion Struck-Garbe, Hamburg

Tonga ist das einzige heute noch bestehende Königreich in Ozeanien. Es ist eine konstitutionelle Monarchie im Commonwealth<sup>2</sup> und besteht aus zwei Riffen und 169 Inseln (davon 36 bewohnte), die unmittelbar an der Internationalen Datumsgrenze liegen. In Touristenbroschüren wirbt Tonga mit dem Slogan: *Das Land, in dem die Zeit beginnt*, doch schaut man auf die politischen Verhältnisse, so scheint in Tonga die Zeit eher still zu stehen.

## Das Königreich

Staatsoberhaupt über die etwa 100.000 Tonganer ist König Siaosi (Georg) Tupou V, der 2006 seinen Vater Taufa'ahu Tupou IV ablöste. Dieser hatte 41 Jahre lang geherrscht. Taufa'ahu hielt sich selbst für „gütig und autoritär“ und war ein glühender Verehrer von Otto von Bismarck. Politik nach Volkswillen und zusätzliche Mitbestimmung erschienen ihm schädlich für das Land. Taufa'ahu war dennoch geachtet und geschätzt beim Volk, vor allem weil er für die Möglichkeit einer guten Schulbildung gesorgt hat.

Schon seit über tausend Jahren hat die Erbmonarchie Bestand und stellt den Tui Tonga, wie der höchste Herrscher bis zur Erklärung der Verfassung 1875 hieß und innerhalb Tongas bis genannt wird. Aufgrund der göttlichen Abstammung wurde er als Halbgott angesehen und war weltlicher und religiöser Herrscher in einer Person. Dieser Tradition folgend sieht er sich auch heute noch als Gottes Stellvertreter für die Menschen in Tonga.

Eine strenge Hierarchie, die auf den König zugespitzt ist, unterteilt das Volk in Adelige und Bürgerliche. Die Angehörigen der 33 Adelsfamilien haben gegenüber den übrigen Bürgern einen privilegierten Status, der nicht zuletzt im Wahlrecht seinen Ausdruck findet. Von den 30 Mitgliedern des Parlaments werden neun vom Volk gewählt, neun von den Adelsfamilien (alle drei Jahre) und 12 Abgeordnete werden vom König auf Lebenszeit ernannt (10 Mitglieder des Staatsrats und zwei Gouverneure). Hinzu kommt, dass die Adligen und die Königsfamilie einen Großteil des Landes besitzen und für örtliche Verhältnisse immens reich sind, während die Bürger überwiegend von der Subsistenzwirtschaft leben und meist unter einem Mangel an Bargeld leiden. Zwar hat jeder Tonganer das Recht auf Besitz eines kleinen Grundstücks für den Gartenbau, aber das Land reicht nicht, um allen genügend Boden für die Selbstversorgung zu geben. Das und die mangelnden Möglichkeiten, eine Lohnarbeit zu finden, treibt viele Tonganer ins Ausland. Rund ein Drittel - circa 30.000 - lebt in Australien, Neuseeland und den USA und versorgt die Verwandten daheim in Tonga durch erhebliche Geldüberweisungen (z.Zt. etwa 30 % des BIP).

Die Regierungsgeschäfte werden von einem Premierminister geführt, der vom König ernannt wird. Momentan hat Dr. Feleti Sevele das Amt inne. Er ist der erste bürgerliche Regierungschef in der Geschichte des Landes, der sich gleichzeitig auf ein Mandat als gewählter Parlamentsabgeordneter stützen kann. Da er aber mit der Königsfamilie befreundet ist, wird ihm vorgeworfen, dass er die „Bewegung für Demokratie“ - aus der er stammt - verraten hat, weil er jetzt mit dem König und den Adligen paktiert und zudem ein Amt ausübt, für das er nicht gewählt wurde.

---

<sup>2</sup> Um 1900 unterzeichnete Georg Tupou II einen Protektoratsvertrag mit Großbritannien, obwohl die Unabhängigkeit des Königreichs von den USA und einigen europäischen Kolonialmächten schon längst anerkannt war. Er sah seinen Thron aufgrund aufkeimender Machtkämpfe zwischen verschiedenen Gruppierungen gefährdet. Die Briten waren nach diesem Vertrag berechtigt, die Außen- und Finanzpolitik des Inselstaates zu führen. Das Protektorat wurde erst 1970 unter Taufa'ahu Tupou IV aufgelöst.

Die Kommunikation zwischen den einzelnen politischen Institutionen und dem Gesamtsystem ist entsprechend einseitig, d.h. politische Informationen oder Handlungsanweisungen werden an höchster Stelle beschlossen und von oben nach unten weitergegeben. Diskussionen zwischen Adligen und Bürgern waren schon immer nur schwer möglich.

Die Tonganer akzeptieren diese rigiden Strukturen und respektieren die Werte und Rollen, die an jede Klasse geknüpft sind, obwohl Mobilität nach oben so gut wie ausgeschlossen ist. Die Konsistenz der Machtstrukturen hatte ihre Ursache einerseits in der Verknüpfung von Politik und Tradition und andererseits dürfte die Tatsache, dass die TonganerInnen durchwegs stolz auf ihr Land und ihre Monarchie sind, zur Stabilisierung des Systems beigetragen haben. Negativ gewendet könnte man die gelungene Verbindung von Politik und Tradition aber auch als Merkmal von Stagnation sehen. Die Gesellschaftsstruktur mit ihren undurchlässigen Schichten und den dazu gehörenden starren Werten und Normen, sowie die enge Verbundenheit von Kirche und Staat trugen verstärkt dazu bei, dass sich Veränderungswünsche, die in der sich etablierenden neuen Bildungsschicht entstanden, nur sehr zögernd durchsetzen konnten. Das alles trägt dazu bei, dass Tonga in einer Veröffentlichung von 2006 noch als das stabilste Land der pazifischen Inselwelt bezeichnet wurde (Holland und Koloamatangi: 2006, Seite 116).

### **Geschichte der Demokratie-Bewegung**

Gegen Ende der 1970er Jahre fingen insbesondere Mitglieder des Mittelstands und zurück gekehrte Migranten an, das politische und gesellschaftliche System zu hinterfragen. Sie waren nicht mehr bereit, die Verteuerung des Alltags, den selbstherrlichen und kostspieligen Lebensstil des Königs und Adels sowie deren wirtschaftliche Eskapaden zu erdulden. Die sich damals gründende oppositionelle „Bewegung für mehr Demokratie“ setzte sich vor allem für eine bessere Vertretung der einfachen Bevölkerung in der Regierung ein. Formal hat sich die „Bewegung“ aber erst 1992 etabliert.

Bei den Wahlen im Februar 1993 errang diese Bewegung sechs der neun durch das Volk zu wählenden Abgeordneten-Sitze im Parlament. Zwei Jahre später wurde die People's Party als erste Partei offiziell anerkannt und registriert. Unter Führung von Akilisi Pohiva fordern ihre Mitglieder eine Änderung der Verfassung, die eine demokratische Wahl der Regierung ermöglicht und die Rolle des noch immer autoritär herrschenden Monarchen auf repräsentative Funktionen begrenzt. 1996 gewinnt diese Partei wieder sechs Parlamentssitze. Aus der People's Party geht 1998 dann die „Bewegung für Menschenrechte und Demokratie“ hervor (das „Human Rights and Democracy Movement“: HRDM), die 1999 fünf der neun Sitze erringt und 2002 und 2005 je sieben.

Die führenden Köpfe der Bewegung sind neben Akilisi Pohiva, Lopeti Senituli, neben dem verstorbenen Bischof Punouki-Hihifo Finau auch Reverend Simote Ve'a vom tongaischen Kirchenrat und Prof. Futa Helu, der Gründer des „Atenisi Instituts“, einer privaten Universität für Geisteswissenschaft und Kunst. Tongas Kirchen - neben den Methodisten gibt es Katholiken, Mormonen, zwei Freikirchen und noch mehrere kleinere Kirchen - haben teils unklare, teils gegensätzliche Positionen in politischen Fragen, wenngleich sich Einzelne in fast allen Kirchen für Reformen einsetzen.

Das HRDM geht insbesondere folgende Themen an: soziale Gerechtigkeit, Ungleichheit, Ausbeutung der ärmeren Bevölkerung, Frauenrechte (bislang hat es nur einmal eine Frau ins Parlament geschafft), Landknappheit, Verfassungsänderung sowie Korruption. Die Bewegung fordert vor allem mehr Transparenz in der Regierungsbildung und -führung. Das HRDM legte sich aber auch mit der australischen Regierung an, der vorgehalten wurde, eine Regierung zu unterstützen, die von lediglich einigen wenigen kontrolliert und beherrscht wird, was allen vom Westen proklamierten Prinzipien widerspricht. Ebenso wird die australische

Unterstützung der Tongaischen Defense Force (Armee) kritisiert, die ein Fünftel des gesamten Haushalts verschlingt.

Tongas „Bewegung für Demokratie“ hätte das Interesse der Weltöffentlichkeit nicht geweckt, hätte es nicht in den letzten Jahren immer mal wieder große Demonstrationen gegeben und dabei auch eine mit heftigen gewalttätigen Ausschreitungen.

Als im Mai 2005 die Strompreise erhöht wurden, zogen etwa 4.000 Menschen durch die Hauptstadt Nuku'alofa. Sie protestierten einerseits gegen die Preise und forderten gleichzeitig mehr Demokratie, sowie dass die Kontrolle über die Stromversorgung von dem einzigen privaten Anbieter, dessen Miteigentümer der damalige Kronprinz war, an die Regierung selbst zurück gegeben wird. Diese Demonstration verlief absolut friedlich.

Im Juli 2005 bewilligte das Kabinett dann allen Ministern eine 80 %ige Gehaltserhöhung und bedachte die Adligen und die königliche Familie großzügig. Es kam daraufhin zum Streik im Öffentlichen Dienst und am 25. Juli zu einem Protestzug der Angestellten des Öffentlichen Diensts zum Parlament. Nach dem Versprechen des Königs, die Gehälter der Staatsbediensteten ebenfalls um 80 % anzuheben, wurde der Streik beendet. Am 6. September 2005 gingen dann erneut etwa 10.000 Menschen auf die Straße, die einen schnellen demokratischen Wandel forderten und am Königspalast eine Petition abgaben. In dieser verlangten sie nun die Auflösung des Kabinetts, die Einrichtung einer Kommission, die die Verfassung innerhalb eines Jahres überarbeiten sollte, sowie die rasche Demokratisierung der Regierung. Diese Petition war von 20.000 TonganerInnen unterschrieben worden (ein Fünftel der Gesamtbevölkerung). Auch danach gab es dann noch weitere kleine Demonstrationen, die vor allem verdeutlichen sollten, dass das Volk tatsächlich eine Veränderung will. Sie liefen unter dem Slogan: „Wir wollen nicht von jemand regiert werden, den wir nicht gewählt haben“.

Bei aller Kritik blieb die tongaische Bevölkerung, auch die Demokratiebewegung, letztendlich aber immer loyal gegenüber dem Königshaus. Die Regierungsform und das Königtum werden als Teil tongaischer Kultur gesehen und geachtet. Es ist und bleibt ein Eckpfeiler des Faka-Tonga - der tongaischen Lebensart, des Tonga-Seins, was sich in folgenden Aussagen spiegelt: „ *Eventhough the Tonga culture is affected by foreigners but we still love our country and the way of our living, our freedom and our kingdom.*“ (Eigenes Interview mit Schülern anlässlich einer Feldforschung über den Einfluss von Touristen auf tongaische Jugendliche. Marion Struck: 1988, Seite 127).

### **Reaktionen der Regierung**

Die Regierung reagierte überwiegend repressiv und verweigerte der „Bewegung“ lange Zeit einen offiziellen Parteienstatus im Parlament. Sie versuchte außerdem, mit Maßnahmen zur Einschränkung der Pressefreiheit jede Kritik und damit die Bewegung zu stoppen. Akilisi Pohiva wurde zwanzig Mal verklagt und saß schon zweimal im Gefängnis, weil er den König kritisiert hatte. Aber weder die gerichtliche Verfolgung noch die Stigmatisierungen als unpatrisch und rebellisch, als Schande für die tongaische Art konnten Pohiva und der Bewegung Einhalt gebieten.

Nach den Protesten im Herbst 2005 machte der gesundheitlich geschwächte Taufa'ahu Tupou IV erste Zugeständnisse und die Lage entspannte sich wieder, als er das „National Committee of the Kingdom of Tonga on Political Reform“ (das Nationale Komitee für politische Reformen: NCPR) einrichtete, das aktiv an einer Verfassungsreform arbeiten sollte.

Im Herbst 2006 hatte das NCPR ein Modell für die Verfassungsreform vorgelegt, die Regierung hatte dies überarbeitet und die Demokratie-Bewegung hatte ebenfalls ein eigenes

Reformmodell entwickelt. Alle drei sollten vom Parlament noch vor der Parlamentspause behandelt und einvernehmlich in ein einziges Modell umgearbeitet werden. Am 9. November kam es aber zu ersten Demonstrationen, die nun endlich eine Entscheidung von der Regierung forderten. Als nichts geschah, kam es am 16. November 2006 in Nuku'alofa zu den schwersten Unruhen im Land, die es in Tonga wohl je gab. An diesem Tag - dem letzten Sitzungstag des Parlaments 2006 - hatte es die Regierung erneut nicht geschafft, die geforderten demokratischen Reformen zu beschließen. Mehrere tausend Menschen versammelten sich zu einem Protestmarsch zum Parlamentsgebäude.

Im Anschluss an die eigentlich friedliche Demonstration kam es jedoch zu einem gewalttätigen Aufruhr. Gruppen von Jugendlichen hatten im Nu zahlreiche Gebäude und Autos in Brand gesteckt und Geschäfte geplündert. Das Zentrum von Nuku'alofa stand in Flammen. Dabei wurde nicht nur das Eigentum der Adligen zerstört, sondern es gingen auch 30 chinesische Geschäfte und rund 150 Wohnungen von Chinesen in Flammen auf. Mindestens 42 Personen wurden verhaftet.

Am nächsten Tag verhängte die tongaische Führung den Ausnahmezustand. Bei den ersten Aufräumarbeiten wurden in ausgebrannten Häusern sechs Tote gefunden; rund vier Fünftel des Geschäftsviertels in der Innenstadt waren zerstört worden. Dass die Chinesen in den Fokus der aufgebrachten Menge gerieten, hängt vermutlich mit dem florierenden Verkauf von Pässen an Chinesen zusammen. Ungefähr 4.000 Chinesen sind seit den frühen 90er Jahren ins Land gekommen. 25 Millionen US\$ hatte das Königshaus damit eingenommen, aber das Geld verschwand in windigen Spekulationen (Matthew Teague: 2007, Seite 8). Insgesamt betrachtet sind die Ursachen für diesen Gewaltausbruch wohl in einem recht frustrierenden Gemisch aus Urbanisierung und Armut (es gibt 13 % Arbeitslosigkeit) zu suchen, das bei etlichen von den chancenlosen jungen Männern in Wut und Gewaltbereitschaft umgeschlagen ist.

Nach einem Hilfesuch der Regierung wurden 150 Soldaten und Polizisten aus Neuseeland und Australien nach Tonga entsandt, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Die meisten Menschen in Tonga sind bis heute tief unglücklich über diese Ereignisse am 16.11. und zwar nicht nur wegen der desaströsen Auswirkungen (der Wiederaufbau Nuku'alofas wird Jahre dauern und viele zig Millionen US\$ kosten), sondern weil dieser Aufruhr die traditionellen Werte und Normen verletzt. Tonganer sind nicht konfrontativ und zeigen ihr Missfallen eher passiv, indem sie z.B. einem Adligen ein geringeres Maß an Respekt und Zuneigung zukommen lassen, als ihm zusteht.

Etliche Jugendliche und auch einige Anführer der Demokratie-Bewegung wurden wegen Volksverhetzung angeklagt, einige freigesprochen, andere zusammen mit Kritikern, die noch im Nachgang verhaftet wurden, verurteilt und ins Gefängnis gebracht. Danach wurde es dann der Demokratie-Bewegung äußerst schwer gemacht, weil sich unter dem Ausnahmezustand beispielsweise nicht mehr als vier Personen treffen dürfen und die Polizei auch erhebliche Sonderrechte hat. Diese Situation dauert bis heute an, da die Regierung bis heute monatlich den Ausnahmezustand für die Hauptstadt Nuku'alofa verlängert hat.

Auch ist das Parlament kaum im politischen Prozess voran gekommen und hat inzwischen angekündigt, dass die Wahlen 2008 noch nicht - wie versprochen - nach der neuen Sitzverteilung (21 direkt gewählte Parlamentarier und neun vom König bestellte) stattfinden, sondern nach der alten. Akilisi Pohiva setzte sich danach dafür ein, dass der Wahltermin verschoben wird, so dass die Verfassung noch entsprechend geändert werden kann.

Das Pacific Islands Forum fand Ende 2007 in Tonga statt. Dabei treffen sich die politischen Spitzen der Pazifik-Insel-Staaten einschließlich Neuseelands und Australiens, um über die Zukunft der Region zu beraten. Schon am Flughafen wurden sie mit Bannern der Demokratie-Bewegung empfangen, worauf gefordert wurde, dass die Reformen bereits 2008 implementiert werden sollen und nicht erst 2010, wie das Parlament es beschlossen hatte.

## Ausblick

Noch wollen die Menschen Tongas vor allem mehr Mitsprache und Reformen, die es ihnen erlauben, ihre Regierung selbst zu wählen. Sie denken nicht daran, den König abzusetzen oder die Regierung mit einem Putsch zu stürzen: „*I wish that we will never lose our chiefs, disregarding how bad some of them are. It is something we are used to. It is what makes us different from others.*“ (in: Matangi Tonga, July-Sept. 1993, Seite 40 und in: Kerry James, 1997, Seite 51).

Wenn das Königshaus die gegenwärtige Chance einer Demokratisierung nicht (rechtzeitig) nutzt, dann wird sich der Widerstand nicht nur verstärken, sondern womöglich auch radikalere Formen annehmen und sich durchgreifendere Ziele setzen. Dann könnte aus der Hauptstadt Nuku'alofa - wörtlich Ort der Liebe - schnell ein Ort des Zorns werden und aus den „Freundlichen Inseln“, wie James Cook sie nannte, durchaus Inseln des Bürgerkriegs.

## Nachtrag zu den Krönungsfeierlichkeiten im August 2008

Tonga hatte eingeladen zu den Krönungsfeierlichkeiten des 60jährigen neuen Königs Georg Tupou V, die eine spektakuläre und protzige Veranstaltung mit circa 5.000 Gästen wurden. Mit dabei waren von Elton John bis zum Sultan von Brunei vor allem sehr, sehr wichtige Persönlichkeiten (VIPs) und etwas weniger wichtige sowie einfache Persönlichkeiten aus aller Welt, die an unterschiedlichen Empfängen und drei unterschiedlichen Bällen teilnahmen.

Durch die traditionelle Kava-Zeremonie (das leicht narkotisierende Nationalgetränk) wurde Tupou V in seine Rolle als Tu'i Kanokupolu eingeführt. In einer beeindruckenden Präsentation wurden 100 gegarte Schweine und Kava-Wurzeln aufgereiht und über 1.000 geflochtene Körbe mit beliebten Speisen auf dem Mala'e Pangi - den Platz vor dem Palast - ausgelegt. 200 Adlige hatten sich kreisförmig auf den Rasen gesetzt und tranken geordnet nach Rang einer nach dem anderen eine Kokosnußschale voll Kava. Während dieser zweistündigen Zeremonie darf niemand höher platziert sein als der König, d.h. alle müssen sitzen, auch die ausländischen Fernsehteams. Ein Heer von Aufsehern wachte streng darüber, dass dies eingehalten wurde. Der ganze Reichtum der Kultur offenbarte sich in diesem Geschehen. Gleichzeitig erzeugte es die größte denkbare Nähe des Königs zu seinem Volk und bestätigt erneut, dass das Königtum ein Teil der Kultur Tongas ist, oder in den Worten des Premierministers Dr. Feleti Sevele: „*a joyous celebration of culture, custom and kinship in the only Polynesian Kingdom*“. Alle Tonganer sind stolz auf ihre Geschichte und zumindest dieser Teil der Feierlichkeiten war Anlass für die Erneuerung des National- und Zusammengehörigkeitsgefühls.

Für die christliche Krönung hatte der Monarch sich Robe, Zepter und Krone im Wert von etwa einer halben Million Dollar in Großbritannien anfertigen lassen. Für die adligen und prominenten Gäste wurden zu der Krönungszeremonie in der Free Wesleyan Centenary Church 1.000 in China eigens angefertigte und mit Monogramm versehene Stühle eingeflogen, die nun zum Preis von 75 Dollar pro Stück zum Kauf frei angeboten werden.

Die Kosten der Feierlichkeiten betragen 2,5 Millionen US-Dollar - ein Betrag, der durch gesteigerten Tourismus, ausgelöst durch die Krönung, wieder erwirtschaftet werden soll. Das ist vermutlich jedoch Wunschenken und bloß eine schwache Rechtfertigung für die immensen Ausgaben dieses armen Landes anlässlich des Krönungsgeschehens. Die Touristenzahlen stagnieren seit Jahren ebenso wie die touristische Anziehungskraft, die durch dieses einmalige Ereignis wohl kaum nachhaltig verbessert wurde.

Einen Tag vor der Krönung versprach Georg Tupou V einen Teil seiner absoluten Macht aufzugeben und die Führung (das Tagesgeschäft) des Landes dem Parlament und der Regierung zu überlassen. Einen Zeitplan hat er dabei nicht genannt und auch nicht, wem

genau er die Macht übergibt - den Nopela (Adligen) oder dem Volk. Er beruhigt damit zunächst die massiven Forderungen nach Demokratisierung, die 2006 zu dramatischen Unruhen mit acht Toten geführt und große Teile der Hauptstadt in Schutt und Asche gelegt hatten. Weitergehende Reformen, die das Wahl- und Regierungssystem grundlegend zu Gunsten des Volkes ändern, sollen bei den Wahlen 2010 folgen. So ein weiteres Versprechen des Monarchen.

Der König, der Uniformen liebt und sich in einem schwarzen Londoner Taxi über die Hauptinsel fahren lässt, wird vielleicht andere Gründe haben, sich aus dem Regierungsgeschäft zurück zu ziehen und so oft wie möglich das eher eintönige Allerlei des tongaischen Insellebens zu verlassen (er hat bislang größtenteils außerhalb Tongas gelebt), um seiner eher exzentrischen Lebensweise zu frönen. Vielleicht gehen Zugzwang und privates Bedürfnis eine für alle zufriedenstellende Einheit ein und durchgreifende Reformen des Regierungs- und Rechtssystems können endlich eingeleitet werden.

Übrigens: Deutschland hat Tonga gerade die Rückzahlung seiner noch ausstehenden Schulden für das Containerschiff MV Fuakavenga und das Fährschiff MV Olovaha erlassen: Zwei Millionen Dollar, die nun für Entwicklungsprojekte eingesetzt werden sollen.

In den hiesigen Medien hat mal wieder das exotisch-kuriose über die analytisch-kritische Berichterstattung gesiegt. Schade, die Krönung hätte Anlass sein können, sich mit dem pazifischen Inselstaat gründlicher auseinanderzusetzen als auf dem Klatsch-Niveau bunter Promi-Bilder ..... aber vielleicht hilft's wenigstens, den Tourismus neu anzukurbeln.

#### Literatur:

Islands Business, Suva, Fiji: Vol. 32, No. 12, 2006; Vol. 33, No. 01, No. 03, No.11, 2007.

Kerry James:

Rank and Leadership in Tonga. In: White, Geoffrey M. und Lamont Lindstrom (eds.) 1997: Chiefs Today. Traditional Pacific Leadership and the Postcolonial State. Stanford, California. S. 49 - 71.

Marin Holland and Malakai Koloamatangi:

Governance, Capacity and Legitimacy: EPAs, EBA and the European Union's Pacific Regionalism after Cotonou. In: Bryant-Tokalau and Ian Frazer (eds.): Redefining the Pacific? Regionalism Past, Present and Future, 2006. Ashgate, Hampshire, Great Britain. S. 101 - 121.

Marion Struck:

Der Palangi und seine Welt in der Vorstellung tongaischer Jugendlicher. Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung des akademischen Grades eines Magister Artium der Universität Hamburg (unveröffentlicht), 1988.

Matthew Teague:

While the King Sleeps. Democracy stirs in Tonga, the Pacific's last true monarchy. In: National Geographic, 2007. S. 1-18.

Tonga ist eine konstitutionelle Monarchie. Das Wahlsystem sichert dem König jedoch de facto bis heute die Kontrolle über Parlament und Regierung. Das Königreich umfasst zahlreiche Inseln, von denen 36 dauernd bewohnt sind. Fast 70 Prozent der etwa 105.000 Einwohner leben auf der Hauptinsel Tongatapu. Hier befindet sich auch die Hauptstadt Nuku'alofa. Rund 30 Prozent aller TonganerInnen leben in den USA, Neuseeland oder Australien und halten mit ihren erheblichen Geldüberweisungen an ihre Verwandten daheim die Wirtschaft Tongas in Schwung.

Diakon Mark Möller, Hamburg

Meine erste Begegnung mit der Demokratie in PNG: Ich war im südlichen Hochland bei einem Bezirksmissionar zu Besuch und begleitete ihn 1987 in ein Dorf, wo er zum Predigen im Gottesdienst eingeladen war. Als wir ankamen, war der Gottesdienst dann allerdings schon vorbei, da man ihn kurzfristig für die anstehenden Wahlen vorverlegt hatte. Die ganze Dorfgemeinschaft hatte sich um den Versammlungsplatz herum versammelt, etwa 200 Menschen, man hatte sich fein gemacht: Viel Farbe, manche sogar mit Gesichtsbemalung. In der Mitte des Platzes waren zwei Campingstühle und ein Campingtisch aufgestellt worden, auf letzterem standen die Wahlurnen. Die Wahlkommission saß auf den Klappstühlen und ein Mann mit Pfeil und Bogen stand Wache.

Wer wählt, muss seinen Daumen in schwer abwaschbare Tinte halten, um Doppelstimmabgaben zu vermeiden. Erwachsene haben das Wahlrecht, d.h. im Zweifelsfalle wurde das Alter so ermittelt: War beim männlichen Wähler Bartwuchs vorhanden wurde angenommen, er ist alt genug. Hatte die Wählerin Achselbehaarung, galt das auch als ein deutliches Indiz für Wahlberechtigung. Mehrfach strichen Leute über mein Kinn, unter dem Vorwand, meine Wahlfähigkeit überprüfen zu wollen.

In einem Artikel für den „Pacific Islands Report“ im Jahre 2006 fragte Mike Manning die berühmte Frage, ob nun das Glas, bezogen auf PNG, halb voll oder halb leer sei. Er machte es aber nicht zu spannend, denn der Artikel ist überschrieben mit: PNG: A Glass half full.

In diesem Sinne möchte ich im Folgenden aus *meiner* Sicht auf einige Fragen eingehen. Ich beziehe mich dabei auf eigene Erlebnisse und auf Berichte und Erzählungen Anderer.

Als Nicht-Wissenschaftler sehe ich meine Darstellungen als einen Diskussionsbeitrag, der geprägt ist von meinen persönlichen Erfahrungen von mehreren PNG-Aufenthalten in den letzten 20 Jahren, sowie meiner kirchlichen Sozialisation und Herkunft als Diakon.

Es geht mir dabei eher um die Darstellung von allgemeinen Fragen, als um Darstellung einzelner Politikinhalte oder der Wirtschaftsentwicklung.

Ein schöner Morgen in Finschhafen im Februar 2006; ich laufe gerade zum Haus des Distrikt-Präsidenten und komme an der Grundschule vorbei. Dort beginnt jetzt der Unterricht wie überall in PNG mit dem National Pledge. Für mich nicht gut vorstellbar, so etwas in Deutschlands Schulen. Aber hier stört es mich nicht. Immerhin, denke ich, wenn man eine Nation, ein Nationalbewusstsein schaffen möchte, dann muss das bei den Kindern losgehen. Und es sind ja sehr positive Worte:

*We, the people of Papua New Guinea, pledge ourselves united in one nation.*

*We pay homage to our cultural heritage, the source of our strength.*

*We pledge to build a democratic society based on justice, equality, respect and prosperity for our people.*

*We pledge to stand together as One People, One Nation, One Country*

*God bless Papua New Guinea*

Dieses positive Bekenntnis möchte ich im Kopf behalten, wenn ich über Aspekte zum Thema Demokratie in PNG berichte.

### **Kurze Fakten zu Papua-Neuguinea:**

Von unserer Weltseite aus gesehen, wurde dieses große Land erst im späten 19. Jh. besiedelt und „entdeckt“. Dabei erstreckten sich die Erkenntnisse über dieses Land zunächst

auf Berichte von Missionaren und Wirtschaftsunternehmen, von Abenteurern und fantasiereichen Geschichtenerzählern. Erst im 20. Jh. erreichten sog. Pioniere und Religions- und Kulturimporte auch das Hochland. Erst in den 1960er Jahren war dieser Prozess weitestgehend abgeschlossen.

Im Übrigen, die Deutschen und Engländer, die sich das heutige Staatsgebiet des heutigen PNG untereinander aufteilten, sie brachten nicht unbedingt demokratische Werte mit.

Ich nehme an, den meisten hier ist bekannt, dass PNG zunächst unter den beiden Nationen (GB, Deutschland) als Kolonie aufgeteilt war. 1906 übertrug Großbritannien die Kolonialrechte an das frisch selbständige Australien. Nach 1918 war Deutschland dann auch draußen. Im Zweiten Weltkrieg wurde das heutige PNG dann Schauplatz des Krieges im Südpazifik. Die Niuginis wurden interessant als Guides und als Helfer im Dschungelkrieg. In einem Krieg, der zwar auf ihrem Land, jedoch völlig ohne offizielle Kriegserklärung stattfand. Die Japaner kamen und wurden verjagt, die Amerikaner kamen und gingen wieder, die Australier waren schon da und blieben. Jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das heutige PNG unter die Obhut der UN gestellt, Australien wurde mit der Administration beauftragt. 1973 wurde in PNG die erste eigene Regierung gewählt, die PNG dann auch 1975 in die Selbständigkeit führte. Die Verfassung sieht eine parlamentarische Demokratie vor. Soweit ein sehr kurzer Abriss der Geschichte.

Seither hat PNG zehn Regierungschefs gehabt. Am Anfang und (ich meine das jetzt nicht polemisch) am Ende der Reihe bis heute steht Sir Michael Somare, „The Chief“. Er ist bislang auch der einzige Premier, der wieder gewählt wurde.

Viele von Ihnen wissen, welche Entwicklung PNG genommen hat und dass es vielfache Probleme gab und gibt, die nicht oder aus unserer (nördlichen) Sicht unzureichend angegangen wurden und werden.

Ich komme zurück zu meinem Anfangsbeispiel, weil es meines Erachtens einige wesentliche Elemente enthält, über die es sich zu sprechen lohnt:

Abzuleitende Thesen könnten sein:

1. Wahlen scheinen einen wichtigen Stellenwert zu haben.
2. Wahlen sind mit Befürchtungen verbunden.
3. Wahlen sind Sache des Dorfes / des Clans.
4. Wahlen bedürfen eines administrativen Aufwandes, um sie rechtmäßig durchzuführen.
5. Die Klärung der Wahlberechtigung macht Probleme von Theorie und Praxis, Bildungshintergründe deutlich.

### **Wahlen sind Clanangelegenheit**

Ich komme wieder zurück zu meinem Eingangsbeispiel: An diesem Erlebnis möchte ich darstellen, dass (damals) der Clan geschlossen zur Wahl antrat. Es galt als selbstverständlich, dass man gemeinsam einen Kandidaten unterstützen würde. Sicher hatten interne Komitees nächtelang darüber beraten, welcher Kandidat das sein würde. Ich habe zuletzt 2006 den Eindruck gewonnen, dass letztlich dort auch heute noch so verfahren wird. => Wer gewählt wird, ist Gegenstand von Beratungen und Verhandlungen im Clan und es wird (auf dem Land) weitgehend gemeinsam und einhellig abgestimmt. Ob dabei dann nationale Interessen und Anliegen ausschlaggebend sind, sei dahin gestellt.

### **Die Frage nach der Nation**

Wenn noch vor knapp 40 Jahren manche Gegenden von PNG vollkommen isoliert von Überseeinflüssen, sogar teilweise von Einflüssen der Inselbevölkerung, dann ist es nicht

verwunderlich, wie heute die Lebensbedingungen für viele aussehen. Persönlich muss ich das relativieren. Ich finde es schon verwunderlich, wie viele Menschen ihr Leben und ihre Umstände so rasch so radikal anpassen mussten und konnten. Natürlich ist Vieles davon zunächst äußere Form. Es ist bekannt, dass in PNG immer noch das „Wir“ eine sehr große Rolle spielt und zumeist wichtiger ist als das „Ich“. Begründet liegt dies in dem Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende erfolgreich erprobten System des Clans. Und, **so scheint** es, überall wo das Clansystem nicht mehr funktioniert, übernimmt die Anarchie, nicht der Staat oder die Nation das Ruder.

Ab der Vorschule lernen Kinder die Nationalhymne und ihr Unabhängigkeitsbekenntnis, in dem sie sich auch zu ihrer freien Nation bekennen. Eine Nation, die aus etwa 800 Kulturen und Sprachen, aus Küstenbewohnern und Hochländern, aus Landbevölkerung und Stadtbevölkerung bestehen soll. Für viele Menschen ist dies zu abstrakt. In den Medien und der Politik wird ein Nationalbewusstsein schon gefördert, in Port Moresby ist es vielleicht sogar teilweise vorhanden. In Lae, wo ich viel Zeit verbrachte, hatte ich den Eindruck, dass meine neuguineischen Kolleginnen und Kollegen sich durchaus als Teil der Nation bezeichneten, dies blieb aber irgendwie leblos.

Gerade in Staaten wie PNG kommt ja erschwerend hinzu, dass es auch keinen starken Staat vor Ort gibt, wie wir das kennen.

Durch wen aber ist eine parlamentarische Demokratie wie in PNG legitimiert, wenn nicht durch eine Nation? Das ist eine Frage des Verständnisses und Selbstverständnisses von Wählerinnen und Gewählten.

Wem schuldet ein Abgeordneter Rechenschaft, der Nation oder seinem Clan? Das sind praktische Fragen mit praktischen Folgen. Mir scheint es manchmal, man versucht dann von allen Seiten mit dem doppelten Boden zu arbeiten. Der, auf dem man steht und geht ist der des Clansystems und der Wantok-Wirtschaft und der Notfall-Zweitboden ist dann das Staats-System.

Dabei gibt es durchaus traditionell gut funktionierende Mechanismen in und zwischen Clans, die viele demokratische Elemente enthalten. Sie haben sich auch weiter entwickelt und vielerorts gibt es auch wieder eine staatlich gewollte Stärkung dieser Mechanismen. Das entspricht dann in der Regel nicht unserem europäischen Demokratiedenkmalen. Ich habe zum Beispiel vermehrt Ortsräte erlebt, die kleinere Vergehen und Probleme miteinander verhandelten. Außerhalb von staatlicher Gerichtsbarkeit, aber gewollt vom Staat.

Ich habe ein Partnerschaftsprojekt mit einem abgelegenen Kirchenkreis angeregt. Und das geht keinesfalls völlig wahllos. Für die Partnerschaft ist ein Komitee von den Gemeinden gewählt / beauftragt. Vorgehen werden meist so lange beraten, bis es einen Konsens gibt. Vielleicht mit Störfeuern und dem Versuch, andere vor Tatsachen zu stellen, aber letztlich wird hier sehr demokratisch miteinander umgegangen. Auch wenn traditionell junge Leute und Frauen noch weniger in (formelle) Entscheidungsprozesse eingebunden waren und sind, als ich mir das wünschen würde.

## **Der Staat PNG**

Der Staat mit seinen Behörden und Machtinstrumenten verliert desto mehr an Bedeutung, je weiter man aufs Land kommt. Wenn überhaupt Staatsrepräsentanten erreichbar sind, dann sind sie oftmals selbst oft nicht sehr machtvoll ausgestattet. Außerdem kommen Mittel oftmals nicht mehr in die entlegenen Gegenden, weil sie in diversen Kanälen vorher versickern.

Zwei aktuelle Beispiele aus dem Winter 2007/ 2008:

a) Im Hochland von PNG laufen vermehrt Männer offen mit Schusswaffen herum. Das ist verboten, jedoch da keine Polizei in der Nähe ist und sie sich auch aus gutem Grund nicht

ohne weiteres in die Gegend traut, erscheint der Staat als Konfliktlöser nicht kompetent. Da hilft auch ein gesetzliches Gewaltmonopol des Staates nicht.

b) An der Küste um Sialum herum gab es seit Jahren Unruhen, die auch mit dem erstarkten Kargo-Kult zusammen hängt. Vor Kurzem eskalierte die Problematik in Sialum, einer abgelegenen Regierungsstation. Die Staatsangestellten wurden bedroht und außerdem bezichtigt, den Konflikt angeheizt zu haben. Abgesehen davon, dass ich weiß, dass die Polizei dort vor allem durch ihren regelmäßigen hohen Alkoholgenuss bekannt war, stand der Staat auch hier machtlos da.

Die Stärke des staatlichen Systems ist, dass Regierungsvertreterinnen und –vertreter eben nicht Claninteressen vertreten und unabhängig sind. Die Schwäche des Systems ist, dass Regierungsvertreter sich erst als kompetente Personen erweisen müssen, bevor sie anerkannt werden. Und kompetent ist eben aus Sicht der meisten, wer im Sinne des Clans agiert.

Eines noch ist fragwürdig: Als ich wieder ausreisen sollte, hatte ich noch zwei Tage in der Hauptstadt Port Moresby zu verbringen und obwohl ich viel am Rande von Lae, der zweitgrößten Stadt des Landes, gelebt hatte, bekam ich bereits hier erste Anzeichen eines Kulturschocks. Wie muss es da Menschen aus den anderen Landesteilen von PNG gehen? Vom Erscheinungsbild ist Port Moresby mehr eine australische Außenstation. Und Flüge in das Inland PNGs waren teurer als solche nach Cairns (Australien).

Vor Kurzem wurde nun Geld zur Verfügung gestellt, um eine Straßenverbindung zum Highway Lae – Mount Hagen herzustellen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie dieses ehrgeizige und umstrittene Projekt auch umgesetzt wird.

## **Die Unabhängigkeit**

Bei meinen Besuchen im südlichen Hochland 2006 hörte ich immer wieder die Frage, warum denn wir als weiße Partnerkirchen keine Missionare mehr senden würden. Man käme sich vor, als ob die „Mama“ sich von ihnen distanzieren. Hintergrund ist, dass dort seit etwa zehn Jahren keine Überseemitarbeitenden mehr entsendet wurden, weil eigentlich alle Positionen nationalisiert worden waren. Immerhin ist die ELC-PNG schon lange vor dem Staat PNG unabhängig geworden. Man ist also in jeder Hinsicht hier „tubel“ (uneinig), was den Rückzug der Überseemissionarinnen und Missionare angeht. Ich verzichte darauf, dies hier weiter begründend auszuführen

Der Staat PNG wurde letztlich auch viel schneller unabhängig, als man sich das dort vorgestellt hatte. Zwar gab es eine kleine politische Elite, aber die war sich nicht wirklich einig in dem Ziel einer raschen staatlichen Unabhängigkeit.

Seither hat sich einiges getan: Im Öffentlichen Dienst und auch in einigen Kirchen sind die Spitzenpositionen von Niuginis besetzt, also quasi „nationalisiert“. Es gibt kaum mehr Mitarbeitende aus Übersee. Die sind – wenn sie denn da sind - oftmals als Berater, jedoch nicht mehr in den Führungsetagen tätig.

Und die Nationalisierung des Öffentlichen Sektors und der Kirchen geschah weitgehend ohne Rassenressentiments, trotz vorheriger Rassismus-Praxis durch die „Weißen“, z.B. in POM mit „Weißer Zone“ und im Schwimmbad mit dem Hinweis, Niuginis und Hunden sei der Zugang verwehrt.

Finanziell ist PNG jedoch immer noch stark auf erhebliche Finanzausschüsse durch Australien angewiesen, durch die Australien allerdings auch mittelbar Einfluss nehmen kann.

## Transparenz und Kommunikation

Eine parlamentarische Demokratie nach unserem Verständnis verlangt eine mündige Öffentlichkeit und Machtteilung. Formell ist das auch in PNG so.

1997, ich war für einige Monate in Finschhafen, weit abgelegen, als die Sandline-Affaire eskalierte, also jene, in der Premier Sir Chan am Parlament und der Öffentlichkeit vorbei ein privates internationales paramilitärisches Unternehmen finanzierte und startete, dass die Unabhängigkeitsbewegung in Bougainville niederringen sollte.

In meiner Umgebung war das kein Thema, denn niemand wusste etwas davon. Woher auch? Wenn einmal Zeitungen in die Gegend kamen, dann waren sie alt und genau richtig, um Zigaretten daraus zu drehen.

Das Problem bei Funkgeräten ist, dass sie oftmals, ich überspitze, so überhaupt vorhanden, nicht richtig gepflegt werden (können) und irgendwann sowieso der schwülen Witterung ihren Tribut zahlen.

2006 im Hochland erlebte ich, was ich schon oft gehört hatte: Zwar hatte man eigentlich Telefon und Faxverbindung, aber die funktionierte im Normalfall nicht, weil entweder die Rechnung zu hoch war, sie zu bezahlen oder gerade wieder einmal einige Telefonmasten gekappt worden waren wegen Streitigkeiten von Clans oder aus Langeweile.

Die Themen Analphabetentum und Schulsystem nenne ich hier nur als Stichworte, die zu dieser Überschrift zu zählen sind. Doch dazu später mehr.

Ich komme zurück auf mein Wahlerlebnis 1987. Weitab von einer befahrbaren Straße, etwa einen halben Tag Fußmarsch vom nächsten Landeplatz entfernt, kommen wir in dieses Dorf, das damals weitgehend ungestört vom Rest des Landes zu leben schien. Und dann diese Szenerie, dass an den Buschhütten Wahlplakate hingen, Banner waren aufgespannt. Wahlkampf im Busch. Zu sagen, die parlamentarische Demokratie erreiche das Hinterland nicht, war schon 1987 nicht wahr. Sie war und ist dort Thema. Fraglich bleibt, in welchem Kontext und mit welchen Erwartungen sie dort beobachtet und verhandelt wird.

Soweit ein letztes Mal zu meinem Wahl-Erlebnis 1987 meine eigenen ersten Erfahrungen mit Wahlen in PNG. 2006 war ich nochmals in der Gegend unterwegs und stellte fest, dass die schon 1987 angespannten Verhältnisse während der Wahlen sich zugespitzt hatten. Ich sah viele Ruinen und hörte von manch dauerhaft zerstörter Infrastruktur aus den vorhergegangenen Wahlkämpfen. Immer mit der Befürchtung, das könne sich bei den anstehenden Wahlen wiederholen. Zum Glück habe ich nichts dergleichen für diese Gegend gehört.

## Verfasster Staat und traditionelles Rechtsverständnis

*“We pledge to build a democratic society based on justice, equality, respect and prosperity for our people”*

PNG hat sich viel vorgenommen damit, ein demokratischer Rechtsstaat zu sein und in der Vergangenheit hat sich auch häufig gezeigt, dass die richterliche Unabhängigkeit funktioniert.

Ich denke, dass ein Haken das Verständnis von justice ist. Als ich mich mit dem Thema Zauberei in PNG befasste, las ich viele Berichte, in denen Niuginis berichteten, dass sie solche Fälle am liebsten und ehesten unter sich ausmachten, denn vor Gericht und bei der Polizei fänden sie doch kein Gehör. Und die Strafen seien eben nicht adäquat und gefahrbannend. Zugegeben, ein Großteil der Berichte stammt noch aus der Kolonialzeit vor 1975 und es gab eine weitgehend weiße Gerichtsbarkeit, doch auch heute ist dieser Konflikt noch da.

Es soll ohnehin nur ein Beispiel dafür sein, dass Gesetze und Justiz unter Umständen auch zu modern sein können. Und dann hat sich auch herumgesprochen, dass über „justice“

Kompensationsforderungen eine wichtige Einkommensquelle für einen Clan und einzelne sein können. So klagte vor einigen Jahren eine Familie eines jungen Mannes gegen eine Drogeriekette, weil der junge Mann die eigens durch Einbruch erworbenen Medikamente probiert hatte und in der Folge erblindete. So war das wahrscheinlich nicht in dem National pledge gemeint, als justice und prosperity in einem Satz genannt wurden...

Es zeigt, in welchem Spannungsfeld einheimische Richterschaft zu handeln und entscheiden hat.

Im traditionellen Rechtsverständnis galt als gut, was dem Clan gut tat und geraten schien, das Gemeinwesen zu stützen. Durch sein Selbstverständnis ist der Staat PNG jedoch vielfach konkret anderer Meinung und verfißt das Gewaltmonopol. Der Staat gewährt individuelle Grundrechte. Der Clan stellt zunächst das Gemeinwesen in den Vordergrund.

Oftmals hörte ich, wie Niuginis, aber auch Überseemitarbeitende sagten, dass sie bei Problemen eher nicht die Polizei riefen, denn dann gingen die Probleme häufig erst los. Die hohe Gewaltbereitschaft und Foltermethoden wurden der Polizei vorgeworfen.

Als ich noch sehr neu in Lae war, sprach mich in der Stadt ein Cone-Man, ein Betrüger an. Da ich mir nicht ganz sicher war, ob das auch so war, sagte ich, dass ich keine Zeit hätte, er solle mich im Büro aufsuchen. Ich berichtete das meiner neuguineischen Chefin und als der Mann tatsächlich das Grundstück der Kirchenverwaltung betrat, erkannte eine Kollegin ihn sofort als bekannten Betrüger. Ein Hilfspolizist, der auf dem Gelände wohnte, wurde gerufen. Ein Mann, der auch später nicht durch pazifistische Ideen oder gar Zimperlichkeit bekannt war.

Hier ging es also weniger um eine grundsätzliche Kritik an Gewalt, als vielmehr um Vertrauen: er war einer „von uns“ aus Ampo und hatte somit das Vertrauen. Es gibt kein *traditionelles* Grundrecht auf Unversehrtheit in PNG.

## **Schulsystem**

Als ich 2006 als Partnerschaftsbesucher abgelegene Gemeinden besuchte, überraschten mich zwei Beobachtungen besonders: Gerade junge Leute machten indirekt, teilweise auch direkt deutlich, dass sie Gartenarbeit primitiv und als nicht erstrebenswert empfanden. Richtige Arbeit zeichnet sich durch Büro, Klimaanlage und Gehalt aus. Wozu hat man schließlich Lesen, Rechnen und Englisch gelernt?

Das zweite, was mir auffiel war, dass zwar noch immer nicht alle in einem Dorf Pidgin können, aber Jugendliche, insbesondere vielleicht in meiner Gegenwart Englisch reden wollten. Das stellte dann immer eine Abgrenzung von den Älteren und auf alle Fälle von den älteren Frauen dar.

Überall war das Thema Schulgeld präsent. Für viele verhindert das Schulgeld schon eine kontinuierliche und qualifizierte Grundschulausbildung.

Gerade auch hier, beim Thema Bildung und Ausbildung zeigt sich meines Erachtens, dass es hier keine Eindimensionalität gibt, sondern Einschätzungen je nach Fachdisziplin oder Erfahrungshintergrund unterschiedlich ausfallen können und werden.

Bei fehlenden Kenntnissen in Lesen und Schreiben kommen wir wieder auf das Thema Information und Kommunikation zurück. Menschen erfahren Neuigkeiten am ehesten mündlich. Printmedien sind nicht so verbreitet und TV und Radio sind erst im Aufbau, als Privatsender mit Eigeninteresse.

## **Das Glas halb voll oder halb leer? Eine Frage der Sicht**

Eckart Garbe fuhr vor einigen Jahren mit einem Entwicklungshelfer in PNG am Highway entlang. Der Entwicklungshelfer schwärmte von dem Land und den Möglichkeiten. Leider, so hörte es sich an, lebten hier die falschen Menschen, sie nutzen die Möglichkeiten nicht.

2006: Ich fahre mit einem Entwicklungshelfer den Highway entlang. Er schwärmt von dem Land und seinen Möglichkeiten..., Sie können sich denken, wie die Geschichte weiter geht? Meine Erfahrungen aus kirchlichen Verwaltungsämtern: Sie waren ständig unterbesetzt, z.B. wenn Kinder krank wurden, blieben Mütter zu Hause. Das führt zu Problemen in Verwaltungsabläufen. Familie geht vor, Kinderversorgung geht vor. Aus dieser Perspektive gut oder schlecht? Es kommt darauf an, wer diese Frage beantwortet.

Wir beobachten in PNG, dass durch Raubbau von Bodenschätzen oftmals anstatt Jobs, Geld und systematische Entwicklung von Infrastrukturen nur dauerhafte Zerstörung von Lebensraum geschieht. Wir erfahren von teilweise obskuren Begebenheiten, dass verurteilte Politiker aus dem Gefängnis heraus agierten, dass in manchen Gebieten Gewaltverbrechen scheinbar unkontrollierbar zunehmen. Wir wissen um die besorgniserregende Verbreitung von HIV-AIDS und vieles mehr.

Papua-Neuguinea ist rein äußerlich ein verhältnismäßig stabiler Staat. Die wirtschaftliche Situation des Staates hat sich insgesamt stabilisiert, durch mutige Wahlrechtsreformen und vielleicht auch Erfahrungen ist die Eskalation von Gewalt bei den letzten Wahlen eher zurückgegangen. In den Zeitungen sind Themen wie Korruptionsbekämpfung und Amtsmissbrauch omnipräsent und es sind auch Gesetzesentwürfe dazu in der Diskussion. Tumulte in den Parlamenten gibt es z.B. auch in Italien und Japan, also G8 Staaten!

Ich habe versucht darzustellen, dass die Bewertung von Prozessen und von Staatlichkeit und Demokratie in PNG immer eine Sache des Betrachters / der Betrachterin ist. Genauso wenig wie mir daran gelegen ist, als „Besserwessi“ PNG mit meinen Ideen verbessern zu wollen, so ist mir auch nicht daran gelegen, Probleme zu beschönigen oder Zustände zu idealisieren.

Ich habe versucht, mich hier auf Aspekte zu beschränken, die ich aus eigener Beobachtung bezeugen kann. Damit ist auch klar, dass ich keinesfalls einen Anspruch darauf erhebe, einen objektiven Überblick gegeben zu haben. Aber ich hoffe einige Impulse für eine Diskussion geboten zu haben.

Sicher gibt es noch einige Aspekte mehr zu beleuchten, die Eine oder der Andere mag Ergänzungen im Kopf oder gar auf der Zunge haben. Ich wage sogar zu ahnen, dass es hier und da Widerspruch zu meinen Schilderungen geben könnte.

Ich möchte respektvoll mit der Präambel der Verfassung des Staates PNG enden, die selbstbewusst von Veränderungsprozessen und von eigenen Traditionen und Wegen spricht:

*Adoption of Constitution.*

*WE, THE PEOPLE OF PAPUA NEW GUINEA— ·united in one nation ·pay homage to the memory of our ancestors—the source of our strength and origin of our combined heritage acknowledge the worthy customs and traditional wisdoms of our people—which have come down to us from generation to generation ·pledge ourselves to guard and pass on to those who come after us our noble traditions and the Christian principles that are ours now.*

*By authority of our inherent right as ancient, free and independent peoples*

*WE, THE PEOPLE, do now establish this sovereign nation and declare ourselves, under the guiding hand of God, to be the Independent State of Papua New Guinea.*